

Universität Lüneburg
ZDEMO — Zentrum für Demokratieforschung
Scharnhorststr. 1
21335 Lüneburg
<http://www.leuphana.de/zdemo>

Forschungsbericht 2003 – 2007

Auszüge aus dem Bericht der Wissenschaftlichen Kommission Niedersachsen Forschungsevaluation des Faches Politikwissenschaft, April 2004

„Im Berichtszeitraum sind in der Politikwissenschaft kontinuierlich Forschungsleistungen erbracht worden, die angesichts der geringen Ressourcen für das Fach nicht zuletzt unter Effizienzgesichtspunkten beeindruckend sind.“

„Der eigentliche Kern der Politikwissenschaft in Lüneburg wäre in einem „Centre for the Study of Democracy“ mit Fokus auf die vergleichende Betrachtung von Demokratisierungsprozessen zu finden.“

„In Lüneburg wird das Gebiet „Politische Systeme und Systemvergleich“ mit guten bis sehr guten Ergebnissen behandelt. [...] Die Arbeiten der Stelleninhaber sind national anerkannt und international sichtbar.“

Inhaltsverzeichnis

1	Forschungsthema und Forschungsziele	4
2	Forschungsschwerpunkte und Publikationen der Professuren	5
2.1	Regierungssystem der Bundesrepublik Deutschland	5
2.2	Vergleichende Politikwissenschaft	7
2.3	Politische Theorie und Politikfeldanalyse	13
2.4	Methoden der empirischen Politikwissenschaft	19
3	Zukünftige Forschungsausrichtung	20
4	Drittmittelprojekte	22
4.1	Governing New Democracies	22
4.2	Ministerial Recruitment and Career Patterns in Central Eastern Europe	22
4.3	Ost-West Kompetenznetzwerk Celle – Lüneburg	22
4.4	Demokratiemuster und Leistungsbilanz politischer Systeme in Mittel- und Osteuropa	23
4.5	Niedersächsisches Modellkommunengesetz	24
4.6	Verwaltungsmodernisierung in Niedersachsen	25
4.7	Strategische Steuerung in Party-Government-Systemen	25
5	Dissertationen	27
5.1	Abgeschlossene Dissertationen	27
5.2	Laufende Dissertationen	32
6	Konferenzen und Vorträge am ZDEMO	37
6.1	Konferenzen am ZDEMO	37
6.2	Hans-Dieter-Klingemann Lecture	39
6.3	Gastvorträge am ZDEMO	39
6.4	Weitere Gäste (Forschungsaufenthalte)	41
7	ECPR/DAAD PhD Summer School Governance and Democracy in Central Eastern Europe	42
7.1	Akademisches Programm 2007 (Lectures)	42
7.2	Akademisches Programm 2006 (Lectures)	43
7.3	Akademisches Programm 2005 (Lectures)	43
8	Doktorandenförderprogramm der regionalen Wirtschaft und des DAAD	44

9 Institutionelle Kooperationspartner und Mitgliedschaften	45
9.1 Kooperationspartner	45
9.2 Mitgliedschaften	45
10 Eingeworbene Drittmittel (2003-2007)	46
11 Personal	47
11.1 Professoren	47
11.2 Wissenschaftliche Mitarbeiter	47
11.3 Verwaltung	48

1 Forschungsthema und Forschungsziele

Gemeinsamer wissenschaftlicher Referenzpunkt der Forschung am Zentrum ist Demokratie, genauer: die Analyse von Institutionen und Verfahren, Prozessen und Akteurskonstellationen sowie Programmen und Steuerungsstrategien in modernen Demokratien einschließlich ihrer gesellschaftlichen Voraussetzungen und Folgen.

Im Unterschied zu hierarchisch aufgebauten außeruniversitären Forschungseinrichtungen setzt sich das Zentrum für Demokratieforschung aus selbständigen Arbeitseinheiten zusammen, zu denen Professuren und eigenständig arbeitende Nachwuchswissenschaftler gehören. Dem Zentrum sind gegenwärtig die Professuren für Regierungslehre der Bundesrepublik Deutschland, für Vergleichende Politikwissenschaft, für Politische Theorie und Politikfeldanalyse sowie eine noch zu besetzende Juniorprofessur für Methoden der empirischen Politikwissenschaft zugeordnet.

Die Forschungsvorhaben am Zentrum sind in vielfältiger Weise mit Aufgaben der universitären Lehre und der wissenschaftlichen Nachwuchsförderung verknüpft. Diesen Charakteristika einer universitären Forschungseinrichtung entsprechend sind die bisher bearbeiteten Themen nicht zentralisiert in einem einheitlichen Forschungsprogramm definiert worden, das dann hierarchisch in einem *top-down* Verfahren umgesetzt worden wäre. Die Arbeit ist vielmehr durch selbständig entwickelte und verantwortete Vorhaben der Arbeitseinheiten gekennzeichnet, die im Rahmen des Zentrums auf vielfältige Weise thematisch und personell untereinander und mit Projekten weiterer Kooperationspartner vernetzt worden sind. Charakteristisch für die Aktivitäten am Zentrum sind Offenheit gegenüber unterschiedlichen Themen und Inhalten, intensiver kritisch-konstruktiver Dialog zwischen unterschiedlichen Ansätzen und Methoden sowie vielfältige bi- und multilaterale Vernetzungen und Kooperationen innerhalb des Zentrums und darüber hinaus.

Das Zentrum ist bestrebt, die Weiterentwicklung der Demokratieforschung in Lüneburg in Rückkopplung mit einschlägig ausgewiesenen Peers aus der Demokratiewissenschaft zu gestalten. Das Zentrum hat sich deshalb aktiv um eine Zusammenarbeit mit anderen politikwissenschaftlichen Instituten und Forschungseinrichtungen bemüht, die sich regional zum *Norddeutschen Netzwerk für Demokratieforschung* (NND) zusammengeschlossen haben. Es ist darüber hinaus durch zahlreiche weitere Kooperationen mit anderen Arbeitsgruppen und Einzelforschern auf der nationalen und internationalen Ebene verbunden. Der intensive regionale, nationale und internationale Austausch soll Impulse für die Weiterentwicklung von Themenfeldern geben und gleichzeitig zur Erschließung von zusätzlichen Potentialen für die kooperative Bearbeitung neuer Themen beitragen.

2 Forschungsschwerpunkte und Publikationen der Professuren

2.1 Regierungssystem der Bundesrepublik Deutschland

Univ.-Prof. Dr. Uwe Thaysen (verstorben am 16. Juni 2007) hat sich seit vielen Jahren dem politischen System der Bundesrepublik Deutschland gewidmet und sich dabei unter anderem mit Fragen der Legitimation und der Funktionsweise von parlamentarischen Regierungssystemen, mit der Pluralismustheorie, mit Problemen demokratischer Repräsentation und Partizipation, mit Fragen des Föderalismus in der Bundesrepublik Deutschland, mit dem Prozess der deutschen Vereinigung und mit den Folgen der Europäischen Integration für das Regieren in der Bundesrepublik Deutschland beschäftigt.

Überschneidungen mit Themen der Vergleichenden Politikwissenschaft ergeben sich unter anderem bei der Untersuchung von Wahlen, Parteien und Prozessen der Regierungsbildung, bei der Transformation politischer Systeme in Mittel- und Osteuropa sowie bei der Berücksichtigung von institutionellen Faktoren (wie Föderalismus) im Rahmen von breiter konzipierten Demokratietypen. Berührungspunkte zur Politischen Theorie bestehen in Bezug auf Fragen der Legitimation von Politik in pluralistischen Gesellschaften, Probleme von Repräsentation und Partizipation sowie Prozesse der Verfassungsgebung und des Designs von institutionellen Arrangements in ausdifferenzierten Politikfeldern.

Für den Arbeitsbereich Regierungslehre der Bundesrepublik Deutschland bringen insbesondere Veränderungen im Kontext des Regierens durch die Europäische Integration neue Themen für zukünftige Forschungsvorhaben mit sich. Angesichts der ungeklärten institutionellen Grundlagen und des vielfach beklagten demokratischen Defizits der EU drängt sich zunächst die Frage nach dem weiteren Prozess der *Konstitutionalisierung der Europäischen Union* auf. Ein weiteres Thema ist die Frage nach der Zukunft des *Föderalismus* zwischen deutschem Länderparlamentarismus und europäischem Staatenverbund.

Publikationen

Prof. Dr. phil. Uwe Thaysen

Fraenkel versus Agnoli? Oder: Was ist aus der „Politikwissenschaft“ der 60er Jahre für die heutige „Postparlamentarismus“-Diskussion zu lernen? In: Zeitschrift für Parlamentsfragen, 2007, S. 401-413 (mit J. Falter).

Regierungsbildung 2005: Merkel, Merkel I, Merkel II? In: Zeitschrift für Parlamentsfragen, 2006, S. 582-610.

Die Konventsbewegung zur Föderalismusreform in Deutschland: Ein letztes Hurra des Landesparlamentarismus zu Beginn des 21. Jahrhunderts? In: Europäisches Zentrum f. Föderalismus-Forschung Tübingen (Hg.): Jahrbuch des Föderalismus 2004, Baden-Baden: Nomos, 2004, S. 123-147.

Parlamentarismus in Niedersachsen: Der Landtag im Leineschloss. In: Siegfried Mielke/Werner Reutter (Hg.): Länderparlamentarismus in Deutschland, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, 2004, S. 277-307.

Föderalismus in Deutschland: Auch aus der Sicht der Nachbarn zum Erfolg verpflichtet. In: FORUM PARLAMENT, 2004, S. 28-32.

Gab es 1989/90 eine „Stunde Null“ der deutschen Verfassungsgeschichte. Zur Verfassungspolitik in der SED in der Endphase der DDR. In: Marie-Luise Recker (Hg.): Parlamentarismus in Europa. Deutschland, England und Frankreich im Vergleich, Schriften des Historischen Kollegs München, München: 2004, S. 195-227.

Dr. phil. Patrick Horst

Das Parteiensystem in Hamburg. In: Melanie Haas/Oskar Niedermayer/Uwe Jun (Hg.): Parteien und Parteiensysteme in den deutschen Bundesländern, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2007 (im Erscheinen).

Der neue Republikanische US-Kongress: Polarisiert, zentralisiert und nachgiebig gegenüber dem Präsidenten. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen, 2005, S. 680-699.

Das amerikanische Notstandsregime nach dem 11. September 2001: Eine "wehrhafte Demokratie" auf Abwegen? In: Uwe Backes/Eckhard Jesse (Hg.): Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Baden-Baden: Nomos, 2004, S. 59-81.

Die Neuwahl zur Hamburger Bürgerschaft vom 29. Februar 2004: Die Hanseaten und Angela Merkel finden einen politischen Hoffnungsträger. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen, 2004, S. 252-270.

Wahljahr 2002 – eine Bilanz. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen, 2003, S. 239-245.

Moralische Weltmacht Amerika. In den Vereinigten Staaten streiten Wissenschaftler über die künftige globale Rolle des eigenen Landes. Ein Literaturbericht. In: Berliner Republik, 2003, S. 29-38.

Vorträge

Prof. Dr. phil. Uwe Thaysen

04.-07.05.2006 „Wohin steuert Deutschland? Ein halbes Jahr Große Koalition – Möglichkeiten einer ersten Bilanz am Beispiel der Föderalismusreform, der Bildungs- und Familienpolitik“

Seminar zur Hochbegabtenförderung der Konrad-Adenauer Stiftung, Berlin.

04.-07.05.2006 „Koalitionsverhandlungen und Regierungsbildung nach der Bundestagswahl 2005“

Seminar zur Hochbegabtenförderung der Konrad-Adenauer Stiftung, Berlin.

01.04.2006 „Bildung und Kindertagespflege im deutschen Föderalismus. Eine Bestandsaufnahme nach der Gesetzesinitiative von CDU/CSU und SPD im März 2006“

Kongress des Tagesmütter-Bundesverbandes, Bonn.

03.-05.12.2004 „Der Wahrheitsanspruch der friedlichen Revolution in der DDR“

Tagung des Bürgerkomitees Leipzig e.V. Gedenkstätte Museum in der „Runden Ecke“, Leipzig.

01.12.2004 „Wie viel Föderalismus darf's denn sein – im neuen deutschen Bundesstaat und im neuen Europa?“

Tagung des Zentrums für Demokratieforschung und der Niedersächsischen Landeszentrale für Politische Bildung zum Thema „Föderalismusreform in Deutschland: Auswirkungen auf die regionale und kommunale Ebene“, Lüneburg.

Dr. phil. Patrick Horst

01.10.2004 „Das Parteiensystem in Hamburg“

Konferenz des AK Parteienforschung der DVPW, Berlin.

30.03.2004 „Die Ursachen für die Niederlage der SPD bei der Bürgerschaftswahl vom 29. Februar 2004“

Arbeitsgemeinschaft der Sozialdemokraten im Bildungsbereich, Kurt-Schumacher-Haus, Hamburg.

2.2 Vergleichende Politikwissenschaft

Univ.-Prof. Dr. Ferdinand Müller-Rommel ist in der vergleichenden Parteien-, Regierungs-, Elitenforschung breit ausgewiesen, hat über Wertewandel und politische Kultur geforscht und unter anderem Arbeiten zur wissenschaftlichen Politikberatung und zur sozialwissenschaftlichen Umweltforschung vorgelegt.

Im Bereich der vergleichenden Parteien- und Regierungsforschung beschäftigten sich mehrere Projekte mit der Beteiligung von neuen grünen Parteien an der Regierung, der Analyse von politischen Prozessen in west- und osteuropäischen Kabinetten, der Entscheidungsfindung in Regierungszentralen sowie mit der Regierungsbildung und Stabilität von Parteiensystemen in den neuen Demokratien Mittel- und Osteuropas. Aus diesem Arbeitszusammenhang ergeben sich nicht nur verschiedene Verbindungen zur Regierungslehre, sondern auch zu einem Projekt von Dr. Ralf Tils, das länderübergreifend Ansätze strategischer Regierungssteuerung in westeuropäischen Party-Government-Systemen am Beispiel von Großbritannien und Deutschland erforscht. *Regieren in Parteidemokratien* wird auch in Zukunft ein wichtiger Forschungsbereich am Zentrum bleiben.

Im Bereich der Elitenforschung untersucht ein laufendes empirisches Projekt die Rekrutierung und Karrieremuster von Regierungseliten in den neuen Demokratien Mittel- und Osteuropas nach der Wende von 1990. Dieses Projekt ist mit einem Dissertationsvorhaben verbunden, das sich mit der Repräsentativität, der Professionalisierung und der politischen Leistung von Angehörigen der politischen Elite in der Regierung beschäftigt. Der Themenbereich *Eliten und Leadership in der Demokratie* soll in einem international vergleichenden Projekt weitergeführt werden, das sich explizit auch der Frage nach der Rolle politischer Führung annimmt und das Thema „Leadership, political decision making and democracy“ untersucht.

Im Forschungsbereich *institutionelles Design und Demokratie*, das vielfältige Überschneidungen mit der Regierungslehre hat (z. B. Wahlen, Parlamentarismus, Regierungsbildung), läuft ein Projekt, in dem es um die Frage nach dem Zusammenhang von Demokratiemustern und politischen Leistungsbilanzen in Mittel- und Osteuropa geht. Hier sind die abgeschlossene Dissertation von Dr. Philipp Harfst zu Möglichkeiten des institutionellen Designs am Beispiel von Wahlsystemen und ein weiteres Promotionsvorhaben zur Analyse der Einigungsfähigkeit von politischen Akteuren in parlamentarischen Demokratien angesiedelt. Die im Kontext dieses Projekts aufgebaute Datenbank wird um westeuropäische Staaten erweitert und zukünftig für empirisch orientierte Anschlussprojekte genutzt.

Im vierten Arbeitsbereich *Modernisierung der öffentlichen Verwaltung*, der enge Bezüge zum Themenfeld des institutionellen Wandels aufweist, beschäftigen sich zurzeit zwei von Prof. Dr. Ferdinand Müller-Rommel und Dr. Holger Meyer geleitete Projekte mit aktuellen Ansätzen zur Reform der öffentlichen Verwaltung auf kommunaler und Länderebene. Die Frage nach der Übertragbarkeit der Reformansätze und der Erfahrungen mit der Verwaltungsreform in Niedersachsen ist ein Thema für weitere Projekte und wird ab 2008 mit einem vom Land Brandenburg finanzierten Drittmittel-Projekt fortgesetzt.

Publikationen

Prof. Dr. rer. pol. Ferdinand Müller-Rommel

Political Elites. In: Russell Dalton/Hans-Dieter Klingemann (Hg.): Handbook of Political Behavior. Oxford: Oxford University Press, 2007 (im Erscheinen).

Governing New European Democracies. London: Palgrave/Macmillan, 2007 (mit J. Blondel und D. Malová).

Grüne Parteien. In: Dieter Nohlen (Hg.): Kleines Lexikon der Politik. München: Beck Verlag, 2007, S. 206-209.

Vergleichende Politikwissenschaft – Ein Studienlehrbuch. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2006 (hrsg. mit D. Berg-Schlosser).

Entwicklung und Stellenwert der vergleichenden Politikwissenschaft. In: Dirk Berg-Schlosser/Ferdinand Müller-Rommel (Hg.): Vergleichende Politikwissenschaft. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2006, S. 13-28 (mit D. Berg-Schlosser).

Perspektiven der vergleichenden Politikwissenschaft. In: Dirk Berg-Schlosser/Ferdinand Müller-Rommel (Hg.): Vergleichende Politikwissenschaft. VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2006, S. 331-342 (mit D. Berg-Schlosser).

From Consolidation to Negotiation: Democracy and Policy Reform in Central Eastern Europe. In: Chung-Si Ahn/Bertrand Ford (Hg.): Democracy in Asia, Europe and the World. Singapore: Marshall Cavendish Academy, 2006, S. 151-166.

Green Parties in National Governments. London: Routledge (chinesische Übersetzung: Shandong University Press), 2005 (hrsg. mit T. Poguntke).

The Lifespan and the Political Performance of Green Parties in Western Europe. In: Ferdinand Müller-Rommel/Thomas Poguntke (Hg.): Green Parties in National Governments. London: Routledge (chinesische Übersetzung: Shandong University Press), 2005, S. 1-16.

Political Parties in the New Europe. Oxford: Oxford University Press, 2005 (hrsg. mit R. Luther).

Political Parties in a Changing Europe. In: Richard Luther/Ferdinand Müller-Rommel (Hg.): Political Parties in the New Europe. Oxford: Oxford University Press, 2005, S. 3-16 (mit R. Luther).

Parties and Party Research in the New Europe. In: Richard Luther/Ferdinand Müller-Rommel (Hg.): Political Parties in the New Europe. Oxford: Oxford University Press, 2005, S. 325-346 (mit R. Luther).

Parteienwettbewerb in mittelosteuropäischen Demokratien: Zum Zusammenhang von Strukturen der Regierungsbildung und Stabilität von Parteiensystemen. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen, 2005, S. 666-679.

Il cammino verso l'istituzionalizzazione parlamentare delle istanze politiche ambientaliste. In: Lauro Struffi (Hg.): Sociologia dell'Ambiente: Percorsi comparativi tra area Fedesca e Italia. Berlin: Duncker und Humblot, 2004, S. 347-364.

Party Government in Central Eastern European Democracies. In: European Journal of Political Research, 2004, S. 869-893 (mit K. Fettelschoss und P. Harfst).

Kabinette in West- und Mitteleuropa, www.politikon.org, 2003 (mit K. Fettelschoß und P. Harfst).

Katja Fettelschoß, M.A.

The Anatomy of Central Eastern European Cabinets. In: Jean Blondel/Darina Malová/Ferdinand Müller-Rommel: *Governing New European Democracies*, Routledge, 2006, S. 39-57 (mit F. Müller-Rommel).

Party Government in Central Eastern European Democracies. In: *European Journal of Political Research*, 2004, S. 869-893 (mit F. Müller-Rommel und P. Harfst)

Kabinette in West- und Mitteleuropa, www.politikon.org, 2003 (mit F. Müller-Rommel und P. Harfst).

Dr. rer. pol. Philipp Harfst

Wahlsystemwandel in Mitteleuropa. Strategisches Design einer politischen Institution? Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2007 (im Erscheinen).

Parlamentarische Informations- und Kontrollressourcen in 22 westlichen Demokratien. In: *Zeitschrift für Parlamentsfragen*, 2005, S. 348-370 (mit K.-U. Schnapp).

Party Government in Central Eastern European Democracies. In: *European Journal of Political Research*, 2004, S. 869-893 (mit F. Müller-Rommel und K. Fettelschoß).

Kabinette in West- und Mitteleuropa, www.politikon.org, 2003 (mit F. Müller-Rommel und K. Fettelschoß).

Hervorragendes Lehrbuch europäischer Regierungssysteme. Rezension zu: Wolfgang Ismayr: *Die politischen Systeme Osteuropas*. In: *Zeitschrift für Parlamentsfragen*, 2003, S. 431-432.

Instrumente parlamentarischer Kontrolle der Exekutive in westlichen Demokratien, Discussion Paper SP IV 2003-201, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB), 2003 (mit K.-U. Schnapp).

Dr. phil. Holger Meyer

Book Review on „Surviving Global Change? Agricultural Interest Groups in Comparative Perspective“. In: *West European Politics* 2006, S. 615-616.

Umweltpolitik in Mitteleuropa. Erklärungsmuster zur Umweltperformanz im Kontext der EU-Osterweiterung. Wiesbaden: Deutscher Universitäts-Verlag, 2005.

Vorhandene Potenziale nutzen – regionale MOE-Kompetenz aufbauen. In: *Industrie- und Handelskammer Lüneburg-Wolfsburg (Hg.): Wirtschaftsregion Lüneburg-Wolfsburg, Perspektiven für das 21. Jahrhundert, Monographien deutscher Wirtschaftsgebiete*. Oldenburg, 2005, S. 62-67 (mit F. Müller-Rommel).

Fortführung der EU-Agrarpolitik unter dem Paradigma der Nachhaltigkeit. In: Friedrich-Ebert-Stiftung (Hg.): Die Umsetzung der EU-Agrarreform. Eine Halbzeitbewertung mit Ausblick in die Zukunft, Schwerin: Friedrich-Ebert-Stiftung, 2004, S. 66-78.

Axel Piesker, M.A.

Chancen einer partizipativen Eventkultur. In: Rainer Lucas (Hg.): Zukunftsfähiges Eventmarketing. Strategien, Instrumente, Beispiele. Berlin: Erich Schmidt Verlag, 2007, S. 223-237 (mit H. Wilts und P. Dienel).

Vorträge

Prof. Dr. rer. pol. Ferdinand Müller-Rommel

09.03.2007 „Political Parties in a Globalized World: Challenges and Perspectives“

International Symposium on Globalization and the Transformation of Political Parties, Tsinghua University, Beijing.

21.11.2006 „Stability of Democracy and Cabinet Governments in Central Eastern Europe“

Centre of Area and International Studies, Comenius University, Bratislava.

14.08.2006 „Patterns of Democracy in Central Eastern Europe“ 2nd PhD ECPR/DAAD Summer School on Governance and Democracy, Universität Lüneburg.

17.10.2005 „Die politische und wirtschaftliche Situation in Deutschland vor und nach der Bundestagswahl 2005“

Universität Cassino.

15.04.2005 „The Performance of Democracy in Central Eastern Europe: Introductory remarks“

ECPR Joint Sessions of Workshops, Granada.

04.04.2005 „The European Union Goes East: Challenges and Perspectives in the New Europe“

University of Nevada, Reno.

10.-11.12.2004 „The Bertelsmann Transformation Index: Theoretical and Empirical Problems“

Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB), Berlin.

23.11.2004 „Patterns of Democracy and Government Performance in Europe“

Robert Schuman Center for Advanced Studies, European University Institute, Florenz.

19.10.2004 „The Anatomy of Governments in Central Eastern Europe“

Facolta di Scienze Politiche, Universität Siena.

24.09.2004 „Comparing Ministers in Central Eastern Europe“

Konferenz „European Political Elites in Comparison: The Long Road to Convergence“, Universität Siena.

07.08.2004 „Konzepte und Methoden in der Vergleichenden Politikwissenschaft: Probleme und Perspektiven“

Gemeinsame Tagung des Arbeitskreises „Interkultureller Demokratievergleich“ und der Ad-hoc-Gruppe „Empirische Methoden der Politikwissenschaft“ in der DVPW, „Empirische Methoden in der Vergleichenden Politikwissenschaft und ihre Anwendung“, Universität Lüneburg.

03.-04.06.2004 „From Consolidation to Negotiation: A new Type of Democracy in Central Eastern Europe“

International Conference on Democracy in Asia, Europe, and the World, co-organized by the Korean Association of International Studies and the Asia-Europe Foundation, Seoul.

04.06.2004 „Patterns of Democracy in Europe“

Einladung der ASIA-EUROPE FOUNDATION anlässlich der internationalen Konferenz zum Thema „Democracy in Asia and Europe“ an der Seoul National University.

13.-18.04.2004 „Cabinet Government and Cabinet Ministers in Central Eastern European Democracies. A Descriptive Cross National Evaluation“

ECPR Joint Sessions of Workshops, Uppsala (mit K. Fettelschoß).

Katja Fettelschoß, M.A.**13.12.2005** „Ministerielle Eliten in Mittelosteuropa“

Friedrich-Schiller-Universität, Jena.

09.09.2005 „Continuity and Change of Ministers and Ministries“ ECPR General Conference, Corvinus Universität, Budapest.**15.04.2005** „Duration and De-Selection of Ministers in CEE“

ECPR Joint Sessions of Workshops, Granada.

13.-18.04.2004 „Cabinet Government and Cabinet Ministers in Central Eastern European Democracies. A Descriptive Cross National Evaluation“

ECPR Joint Sessions of Workshops, Uppsala (mit F. Müller-Rommel).

Dr. rer. pol. Philipp Harfst**09.10.2004** „Instrumente parlamentarischer Kontrolle der Exekutive in westlichen Demokratien“

Gemeinsame Tagung des Arbeitskreises „Interkultureller Demokratievergleich“ und der Ad-hoc-Gruppe „Empirische Methoden der Politikwissenschaft“ in der DVPW, „Empirische Methoden in der Vergleichenden Politikwissenschaft und ihre Anwendung“, Universität Lüneburg.

31.03.2003 „Are Agents Able to Control their Principal’s Control Structures? An Empirical Attempt to Measure the Institutional Potential of Parliaments to Control their Executives“
ECPR Joint Sessions of Workshops, Edinburgh.

Dr. phil. Holger Meyer

07.11.2005 „Unsere Region im Austausch mit Osteuropa – Das Ost-West-Kompetenznetzwerk Celle-Lüneburg“
„Neugierig 05“, IHK Lüneburg-Wolfsburg, Lüneburg.

22.05.2005 „Identifying and Connecting Macro-Regions for the Structural Empowering of the BSR“
INTERREG-Partner-Search-Forums, Vilnius.

17.04.2005 „European Environmental Convergence? Explaining Environmental Performance in the new CEE-Member States of the European Union“
ECPR Joint Sessions of Workshops, Granada.

22.06.2004 „Erklärungsmuster zur Umweltperformanz in Mittelosteuropa“
Gemeinsame Tagung des Arbeitskreises „Interkultureller Demokratievergleich“ und der Ad-hoc-Gruppe „Empirische Methoden der Politikwissenschaft“ in der DVPW, „Empirische Methoden in der Vergleichenden Politikwissenschaft und ihre Anwendung“,
Universität Lüneburg.

01.05.2004 „Warum darf Polen in die EU und nicht die Türkei?“ Tagung „Politiktest Europa 2004 – Nachhaltigkeit und Generationengerechtigkeit in Wahlprogrammen“, Youth for Intergenerational Justice and Sustainability – Deutschland e.V., Haus Rissen, Hamburg.

08.01.2004 „Fortführung der EU-Agrarpolitik unter dem Paradigma der Nachhaltigkeit“
Tagung des „Agrarpolitischen Gesprächskreises“ der Friedrich-Ebert-Stiftung, Landesbüro Mecklenburg-Vorpommern, Schwerin.

2.3 Politische Theorie und Politikfeldanalyse

Univ.-Prof. Dr. Thomas Saretzki hat bisher unter anderem im Bereich der Demokratietheorie, der politischen Soziologie, der Politikfeldanalyse und der sozialwissenschaftlichen Umwelt-, Wissenschafts- und Technikforschung gearbeitet.

Fragen nach den Möglichkeiten und Grenzen *demokratischer Problembearbeitung und Konfliktregelung* in ausdifferenzierten Politikfeldern bilden einen ersten Forschungsbereich dieser Arbeitseinheit. Dabei rücken insbesondere komplexe Politikprobleme mit einem hohen zivilgesellschaftlichen Konfliktpotential im Bereich der Technologie-, Umwelt- und Nachhaltigkeitspolitik ins Zentrum des Interesses. Konflikte um neue Technologien und ihre möglichen ökologischen Folgen und die Suche nach institutionellen Innovationen zur demokratischen Bearbeitung und Regelung dieser Konflikte sind insbesondere

von Prof. Dr. Thomas Saretzki untersucht worden. Im Rahmen eines Vergleichs von Nachhaltigkeitspolitiken in unterschiedlich strukturierten europäischen Demokratien werden in einem Promotionsvorhaben verschiedene Ansätze zur Politikintegration analysiert. Empirische, normative und politikpraktische Fragen zur Problembearbeitungs- und Konfliktregelungskapazität politischer Systeme sollen in Zukunft insbesondere im Hinblick auf das Wechselverhältnis von Demokratie und Umweltpolitik untersucht werden.

Einen zweiten Schwerpunkt bilden Arbeiten zu konzeptionellen Grundlagen und zur Funktion von Policy-Analysen in der Demokratie, zur Rolle von Experten in Prozessen der demokratischen Meinungs- und Willensbildung und zu Ansätzen einer Demokratisierung von Expertise im Rahmen der Politikberatung. Das Verhältnis von *Policy-Analysen und deliberativer Demokratie* wird auch in Zukunft ein wichtiges Themenfeld am Zentrum sein. Dabei sollen neben konzeptionellen Fragen und methodologischen Problemen der Politikfeldanalyse auch prozedurale Aspekte der Strukturierung und institutionellen Einbettung von partizipativen Policy-Analysen sowie Kontroversen um die Verwendung ihrer Ergebnisse in politischen Entscheidungsprozessen und öffentlichen Diskursen Berücksichtigung finden.

In einem dritten Forschungsbereich geht es um das Verhältnis von *Demokratie und Strategie*. Hier ergeben sich vielfältige Verbindungen zu den Arbeitseinheiten Regierungslehre und Vergleichende Politikwissenschaft. Bisherige Arbeiten beschäftigen sich mit Möglichkeiten und Grenzen politischer Strategien jenseits eines Inkrementalismus, mit Ansätzen der politikwissenschaftlichen Strategieanalyse und ihrer Anwendung auf nationale Nachhaltigkeitsstrategien. Ein laufendes Forschungsprojekt von Dr. Ralf Tils untersucht länderübergreifend Ansätze strategischer Steuerung in westeuropäischen Demokratien (Großbritannien und Deutschland). Zukünftige Forschungsvorhaben werden sich differenzierter mit dem Zusammenwirken, aber auch mit möglichen Widersprüchen von Demokratie und Strategie beschäftigen. Autokratische Regierungsformen und schleichende Prozesse der Entdemokratisierung fordern gezielte Demokratisierungsstrategien heraus. Strategisch angelegte Politik kann aber auch in Widerspruch zu demokratischen Normen und Werten geraten.

Publikationen

Prof. Dr. phil. Thomas Saretzki

Gesellschaftliche Modernisierung als „Realexperiment“: Wer experimentiert mit wem? In: Erwägen – Wissen – Ethik (vormals: Ethik und Sozialwissenschaften) (erscheint im November 2007).

Demokratie und Umweltpolitik: Konzeptionelle und methodologische Probleme der makroquantitativ ausgerichteten vergleichenden Umwelt- und Demokratieforschung. In: Politische Vierteljahresschrift, 2007, Sonderheft „Politik und Umwelt“ (im Erscheinen).

Argumentieren, Verhandeln und Strategie. Theoretische Referenzen, begriffliche Unterscheidungen und empirische Studien zu arguing und bargaining in der internationalen Politik. In: Peter Niesen/Benjamin Herborth (Hg.): Anarchie der kommunikativen Freiheit. Jürgen Habermas und die Theorie der internationalen Politik, Frankfurt am Main: Suhrkamp, 2007, S. 111-146.

... address unknown? Was heißt „Gesellschaftsberatung“ und was folgt daraus für Wissenschaft und Demokratie? In: Claus Leggewie (Hg.): Von der Politik zur Gesellschaftsberatung. Neue Wege öffentlicher Konsultation, Frankfurt am Main/New York: Campus, 2007, S. 95-116.

The Policy Turn in German Political Science. In: Frank Fischer/Gerald J. Miller/Mara S. Sidney (Hg.), Handbook of Public Policy Analysis: Theory, Politics, and Methods, Boca Raton, FL/London/New York: Taylor & Francis (CRC Press), 2007, S. 587-602.

Die schleswig-holsteinische Landtagswahl vom 20. Februar 2005: Geheime Stimmverweigerung für Ministerpräsidentin Heide Simonis erzwingt Große Koalition. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen, 2006, S. 145-163 (mit R. Tils).

Policy-Analyse und Politikwissenschaft. In: Hubertus Buchstein/Rainer Schmalz-Bruns (Hg.): Politik der Integration. Symbole, Repräsentation, Institution, Baden-Baden: Nomos, 2006, S. 229-246.

Stichwörter „Ökologie“, „Umwelt/Umweltpolitik“ und „Umweltverträglichkeitsprüfung“, in: Dieter Nohlen/Rainer-Olaf Schultze (Hg.): Lexikon der Politikwissenschaft (dritte, aktualisierte und erweiterte Aufl.), Band 2, München: Beck, 2005, S. 629-630, S. 1048-1050.

Politikberatung durch Bürgergutachten? Konzept und Praxis des „kooperativen Diskurses“. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen, 2005, S. 630-648.

Welches Wissen – wessen Entscheidung? Kontroverse Expertise im Spannungsfeld von Wissenschaft, Öffentlichkeit und Politik, in: Alexander Bogner/Helge Torgersen (Hg.): Wozu Experten? Ambivalenzen der Beziehung von Wissenschaft und Politik, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2005, S. 345-369.

Gesellschaftliche Partizipation an Technisierungsprozessen: Techniksteuerung von unten? In: Kirsten Mensch/Jan C. Schmidt (Hg.): Technik und Demokratie. Zwischen Expertokratie, Parlament und Bürgerbeteiligung, Opladen: Leske und Budrich, 2003, S. 43-65.

Aufklärung, Beteiligung und Kritik: die „argumentative Wende“ in der Policy-Analyse. In: Klaus Schubert/Nils C. Bandelow (Hg.): Lehrbuch der Politikfeldanalyse, München: Oldenbourg Verlag, 2003, S. 393-418.

Dipl.-Umweltwiss. Basil Bornemann

Politisierung des Rechts und Verrechtlichung der Politik durch das Bundesverfassungsgericht? Systemtheoretische Betrachtungen zum Wandel des Verhältnisses von Recht und Politik und zur Rolle der Verfassungsgerichtsbarkeit. In: Zeitschrift für Rechtssoziologie, (erscheint im Juli 2007).

Kyoto ist anderswo. Zwischen Interdisziplinarität und Nachhaltigkeit: Informatik im System der Umweltwissenschaften. In: Informatik Spektrum, 2005, S. 15-23 (mit A. Möller).

Im Schatten der Regierung? Tendenzen der Entparlamentarisierung und Gegenstrategien. In: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen, 2004, S. 43-54 (mit R. Tils).

Bericht über die Tagung „Gute fachliche Praxis – Zur Standardisierung von Verhalten“ veranstaltet von der Professur für Öffentliches Recht, insbesondere Energie- und Umweltrecht am 24.06.2004 an der Universität Lüneburg. In: Natur und Recht, 2004, S. 725-726.

Rezension zu Armin Grunwald „Technikfolgenabschätzung – Eine Einführung“. In: Zeitschrift für Angewandte Umweltforschung, 2004, S. 139-140.

Dr. rer. pol. Ralf Tils

Politische Strategie. Eine Grundlegung, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2007 (mit J. Raschke).

The German Sustainable Development Strategy: Facing Policy, Management and Political Strategy Assessments. In: European Environment, 2007, S. 164-176.

Die schleswig-holsteinische Landtagswahl vom 20. Februar 2005: Geheime Stimmverweigerung für Ministerpräsidentin Heide Simonis erzwingt Große Koalition. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen, 2006, S. 145-163 (mit T. Saretzki).

Politikberatung in der Umweltpolitik. In: Svenja Falk/Andrea Römmele/Dieter Rehfeld/Martin Thunert (Hg.): Handbuch Politikberatung, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2006, S. 449-459.

Politische Strategieberatung. Konzeptionelle Grundlagen und Anwendung in der Umwelt- und Nachhaltigkeitspolitik, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2005.

Strategische Politikberatung. In: Marco Althaus/Michael Geffken/Sven Rawe (Hg.): Handlexikon Public Affairs, Münster: Lit Verlag, 2005, S. 273-276.

Im Schatten der Regierung? Tendenzen der Entparlamentarisierung und Gegenstrategien. In: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen, 2004, S. 43-54 (mit B. Bornemann).

Politische Logik administrativen Handelns? Handlungskontexte, Orientierungen und Strategien von Ministerialbeamten im Gesetzgebungsprozess. In: Edgar Grande/Rainer Prätorius (Hg.): Politische Steuerung und neue Staatlichkeit, Baden-Baden: Nomos, 2003, S. 83-106.

Vorträge

Prof. Dr. phil. Thomas Saretzki

08.05.2007 „From Bargaining to Arguing, from Strategic to Communicative Action? Theoretical Perspectives, Analytical Distinctions and Methodological Problems in Empirical Studies of Deliberative Processes“
ECPR Joint Sessions of Workshops, Helsinki.

08.11.2006 „Vom strategischen zum kommunikativen Handeln – vom Verhandeln zum Argumentieren? Theoretische Perspektiven und begriffliche Unterscheidungen in empirischen Studien zu multilateralen Verhandlungen in der internationalen Politik“
Graduate School of Social Sciences (GSSS) der Universität Bremen.

28.09.2006 „Von der Reformpolitik zur Universitätsreform: Auf dem Weg zu einer zweiten Policy-Wende in der Politikwissenschaft?“
23. wissenschaftlicher Kongress der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft, Westfälische Wilhelms-Universität, Münster.

28.09.2006 „Energiepolitik, technischer Wandel und Reform“
23. wissenschaftlicher Kongress der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft, Westfälische Wilhelms-Universität, Münster.

05.06.2006 „Habermas, Intersubjectivity, and International Relations Theory: From Bargaining to Arguing?“
Center for International and Comparative Studies (CICS), Northwestern University, Evanston, Illinois.

08.09.2005 „New Trends of Policymaking and Policy Analysis in Germany?“
ECPR General Conference, Corvinus Universität, Budapest.

17.06.2005 „Argumentieren, Verhandeln und Strategie. Begriffliche Unterscheidungen, Motive der Theorie kommunikativen Handelns und Intersubjektivität in der Politik“
Tagung „Intersubjektivität und internationale Politik. Motive aus dem Werk von Jürgen Habermas in Internationalen Beziehungen und Politischer Theorie“, Johann Wolfgang Goethe-Universität, Frankfurt am Main.

22.04.2005 „Umwelt- und Technikkonflikte: Theorien, Ansätze, Forschungsperspektiven“
Tagung „Umwelt- und Technikkonflikte“ der Arbeitskreise „Umweltpolitik“ und „Politik und Technik“ der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft, Universität Hamburg.

04.12.2004 „Strategic Deliberation? Citizen Participation, Stakeholders and Strategies in deliberative Designs“

Expert Workshop „Public Participation, Stakeholders and Expertise: An Assessment of ST&I Studies on Multi-Actor Spaces in the Governance of Biotechnology“, Universität Bielefeld.

19.11.2004 „Modernes Regieren zwischen Staat und Gesellschaft: Policy-Forschung, Politikberatung und öffentlicher Diskurs“

Tagung „Herausforderungen an politische Kultur und demokratisches Regieren heute“, Justus-Liebig-Universität Gießen.

12.11.2004 „Technikkontroversen als Wissenskonflikte? Wissenschaftliches Wissen und Alltagswissen in Umwelt- und Technikkonflikten“

Tagung „Wissensverhältnisse“ der Grünen Akademie der Heinrich-Böll-Stiftung, Haus Rissen, Hamburg.

03.07.2004 „Der Umgang mit Ungewissheit als politisches Problem: Verbindlichkeit durch Partizipation?“

Internationales Forum „Landschaften der Ungewissheit. Politikgestaltung zwischen Partizipation, Rhetorik und Normensuche“, Sommercampus 2004 der Politischen Akademie, Wien.

24.09.2003 „Was wissen wir über unsere Absolventinnen und Absolventen und welche Konsequenzen lassen sich aus Verbleibstudien ziehen?“

Plenar-Panel „Berufschancen für Politikwissenschaftlerinnen und Politikwissenschaftler“, 22. wissenschaftlicher Kongress der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft, Mainz.

26.05.2003 „Welches Wissen – wessen Entscheidung? Kontroverse Expertise im Spannungsfeld von Wissenschaft, Öffentlichkeit und Politik“

Dritte Österreichische TA-Konferenz „Wozu Experten? Wissenschaftliche Expertise zwischen politischen Ansprüchen und öffentlicher Skepsis“, Österreichische Akademie der Wissenschaften, Wien.

21.02.2003 „Neue partizipative Verfahren und ihre Verbindlichkeit für formelle politische Entscheidungsprozesse: Die „Politik der runden Tische“ in der niedersächsischen Umweltpolitik“

Workshop „Politikdynamik in der Organisationsgesellschaft – Prozessanalysen der Herstellung von Verbindlichkeit“, Katholische Akademie, Mülheim/Ruhr.

20.01.2003 „Umweltpolitik im politischen System der Bundesrepublik Deutschland“

Veranstaltung „Umwelt-Fragen im Ost-West-Dialog“ der Industrie- und Handelskammer Lüneburg-Wolfsburg, der Universität Lüneburg und der Fachhochschule Nordostniedersachsen, Lüneburg.

Dipl.-Umweltwiss. Basil Bornemann

29.05.2007 „Policy Integration and Governance for Sustainable Development: Some Conceptual Clarifications“

„Marie Curie Summer School 2007 on Earth System Governance“, Vrije Universiteit Amsterdam.

Dr. rer. pol. Ralf Tils

05.06.2007 „Politische Strategie“

Universität Lüneburg (mit J. Raschke).

11.05.2007 „Strategic Steering and Political Power in Parliamentary Executives. A Comparative Empirical Study of British and German Core Executives under Premier Minister Tony Blair (1997-2005) und Chancellor Gerhard Schröder (1998-2005)“

ECPR Joint Sessions of Workshops, Helsinki.

26.09.2006 „Strategische Steuerung und Regierungsorganisation. Eine vergleichende Analyse der Exekutivzentralen in Großbritannien und Deutschland unter Tony Blair und Gerhard Schröder“

23. wissenschaftlicher Kongress der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft, Westfälische Wilhelms-Universität, Münster.

09.02.2006 „Entscheidungsprozesse in der deutschen Ministerialverwaltung“ Veranstaltung der DFG-Forschergruppe 497 „Strukturwandel und Transformation im Agrarbereich“, Humboldt-Universität zu Berlin.

21.05.2004 „Zwischen Policy Advice und Political Consulting: Umrisse eines Konzepts strategischer Politikberatung“

Tagung „Grundlagen und Grundsatzfragen der Politikberatung“ der Ad hoc-Gruppe „Politikberatung“ der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft, Institut Arbeit und Technik im Wissenschaftszentrum Nordrhein-Westfalen.

2.4 Methoden der empirischen Politikwissenschaft

Die Juniorprofessur Methoden der empirischen Politikwissenschaft soll spätestens zum Beginn des Sommersemesters 2008 besetzt sein. Neben den Aufgaben in der politikwissenschaftlichen Methodenlehre wird auch ein inhaltlicher Beitrag zur Demokratieforschung erwartet. Denkbar sind dabei methodologisch akzentuierte Vorhaben, die sich mit Fragen der vergleichenden empirischen Demokratieforschung beschäftigen, oder Projekte, die Themen aus dem Bereich Demokratie und internationale Beziehungen behandeln.

3 Zukünftige Forschungsausrichtung

Für die Ausrichtung der zukünftigen Forschung am Zentrum für Demokratieforschung rücken zunächst einmal solche Themen in den Blick, die den Denominationen der zugehörigen Professuren entsprechen, die an bisherige Arbeitsschwerpunkte anschließen und die sich aus laufenden Projekten ergeben. Für eine solche Themenfindung im Anschluss an bisherige Schwerpunkte sprechen der langfristig angelegte Aufbau von wissenschaftlicher Kompetenz, die kontinuierliche Fortentwicklung von Qualifikationen sowie Sichtbarkeit und Profilbildung.

Neben der Fortführung und Weiterentwicklung bisheriger Arbeitsschwerpunkte ist es das Anliegen des Zentrums, bei der Themenfindung auf Veränderungen in Gesellschaft und Wissenschaft zu reagieren und auch neue Themen selbst aktiv auf die Tagesordnung der Demokratieforschung zu setzen. Angesichts der Offenheit von Forschungsprozessen sind für ein Zentrum für Demokratieforschung grundsätzlich alle Entwicklungen in Politik und Verwaltung, Wirtschaft und Gesellschaft, Umwelt und Technik sowie Kultur und Wissenschaft von Bedeutung, die in einem direkten oder indirekten Zusammenhang mit Demokratie stehen. Neben neuen Untersuchungsgegenständen, die sich aus dem gesellschaftlichen Wandel ergeben, erwachsen neue Themen der Demokratieforschung auch aus Veränderungen der Wissenschaft, die mit dem Aufkommen neuer wissenschaftlicher Theorien oder Methoden in den einzelnen Disziplinen zusammenhängen. Neue Themenfelder und Arbeitsmöglichkeiten sollen schließlich auch durch interdisziplinäre Kooperation und Beteiligung an anderen Forschungsschwerpunkten der Universität Lüneburg und der nationalen und internationalen Kooperationspartner entstehen.

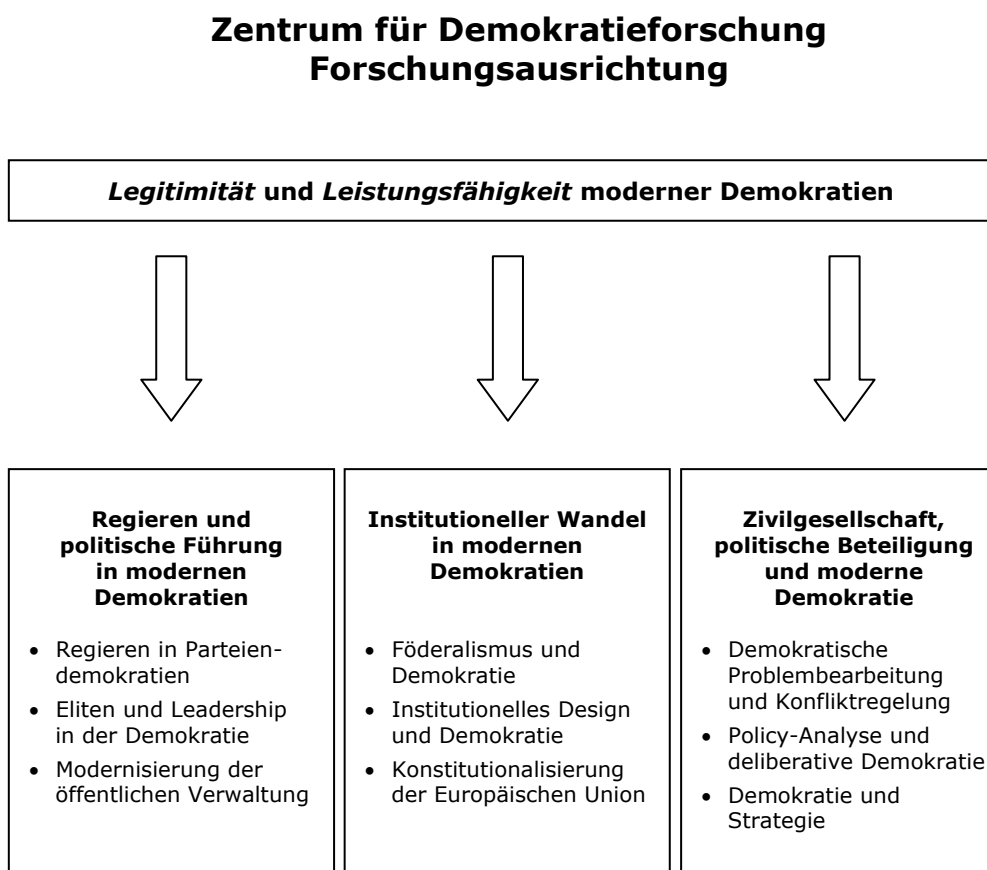
An der Universität Lüneburg versteht sich das Zentrum einerseits selbst als Kristallisationspunkt einer interdisziplinären Demokratieforschung. Es ist andererseits auch bereit, sich an weiteren Forschungsschwerpunkten mit anderen Themensetzungen zu beteiligen und einen eigenen Beitrag zur Forschung über diese Themen zu leisten, wenn diese in einen sinnvollen Zusammenhang mit den Arbeitsschwerpunkten in der Demokratieforschung gebracht werden können (z.B. Nachhaltigkeit und Demokratie, Leadership und Demokratie).

Das Zentrum sieht mögliche Themen zukünftiger Forschung vor allem im Anschluss an bisherige Arbeitsschwerpunkte, die selbst auf Grundfragen und aktuelle Probleme in Theorie und Praxis der Demokratie bezogen sind. Aufbauend auf der bisherigen Arbeit am Zentrum wird sich die zukünftige Forschung insbesondere mit dem Spannungsverhältnis von *Legitimität und Leistungsfähigkeit* moderner Demokratien auseinandersetzen. Fragen von Legitimität und Leistungsfähigkeit gehören nicht nur zum Kernbestand der wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit Demokratie; sie gewinnen auch vor dem Hintergrund neuer gesellschaftlicher Herausforderungen (z.B. Nachhaltigkeit, Wissensgesellschaft) sowie aktueller politischer Wandlungsprozesse (z.B. Internationalisierung, Mediatisierung) zunehmend an Bedeutung.

Innerhalb dieses Spannungsfeldes werden sich die zukünftigen Forschungsaktivitäten des Zentrums insbesondere auf drei thematische Felder richten, die nicht nur unter Gesichtspunkten politisch-gesellschaftlicher Relevanz und wissenschaftlich-fachlicher Profilierung besonders einschlägig sind, sondern auch auf ausgewiesenen Kompetenzen des Zentrums aufbauen:

- Regieren und politische Führung in modernen Demokratien
- Institutioneller Wandel in modernen Demokratien
- Zivilgesellschaft, politische Beteiligung und moderne Demokratie

Die nachfolgende Abbildung veranschaulicht die Zuordnung bisheriger Forschungsbereiche der am Zentrum vertretenen Arbeitseinheiten zu diesen Themenfeldern.



4 Drittmittelprojekte

4.1 Governing New Democracies

This is the first truly comparative project that examines the internal characteristics of cabinet decision-making in ten Central Eastern European countries between 1990 and 2003. On the basis of 320 interviews with former ministers who participated in these decision-making processes, this study examines the role of procedures and rules, parties, civil servants, individual ministers, the finance minister and above all prime ministers on the nature of cabinet decision-making. The project contributes to an empirical comparative framework on streamlining decision-making processes in cabinet governments. The key finding of the study is that Central Eastern European countries have implemented a cabinet system that compares well with governmental systems of Western Europe.

Teilfinanzierung: Weltbank und Fritz Thyssen Stiftung
Beginn: November 2002
Ende: Dezember 2006

4.2 Ministerial Recruitment and Career Patterns in Central Eastern Europe

Erstellung eines Datensatzes über die soziostrukturellen Hintergrundvariablen und die Karrieremuster von ca. 1200 Ministern in zehn mittelosteuropäischen Ländern

Teilfinanzierung: European Science Foundation (ESF), EURELITE Projekt
Beginn: November 2002
Ende: Oktober 2007

4.3 Ost-West Kompetenznetzwerk Celle – Lüneburg

Im Regierungsbezirk Lüneburg gibt es eine hohe Konzentration von verschiedensten Akteuren mit Ost-West-Kompetenz. Mit der Schaffung eines Ost-West-Kompetenznetzwerks soll deren Bündelung und Koordinierung erreicht werden. Für die Region ergeben sich hieraus folgende Vorteile:

- eine größere Integration der bestehenden Ost-West-Kompetenz im Bereich von Wirtschaft, Wissenschaft, Kultur und Verwaltung;
- eine breitere Plattform für intensivere Zusammenarbeit zwischen Unternehmen, kommunalen Verwaltungen, Forschungs- und Bildungseinrichtungen sowie Beratungsinstitutionen in Bezug auf Akteure in Mittel- und Osteuropa;

- Synergieeffekte der verschiedenen Aktivitäten zum Nutzen vor allem für KMU in Ost und West;
- die Entwicklung des Regierungsbezirks Lüneburg und des Landes Niedersachsen hin zu einer Drehscheibe zwischen Ost und West.

Der innovative Aspekt dieses Kompetenznetzwerks liegt nicht in der Gründung einer weiteren, neuen Institution. Vielmehr ist der innovative Gedanke die Bündelung der Kompetenzen, die gegenseitige Abstimmung aller Akteure mit Ost-West-Kompetenz in der Region, der Austausch von Information, Werbung füreinander, das gemeinsame Auftreten, der Schritt von einer möglichen Konkurrenz der Akteure hin zu einem Miteinander, was zur Schärfung der Identität eines jeden Partners aber auch zur Potenzierung des gemeinsamen Kompetenzniveaus führt. Aus diesem Netzwerk heraus werden sich neue Stärken ergeben. Durch gemeinsame, aufeinander abgestimmte Aktivitäten aus den Bereichen Wirtschaft, Wissenschaft, Kultur und Verwaltung werden neue Entwicklungsimpulse für den Regierungsbezirk Lüneburg und für das Land Niedersachsen entstehen. In der Vergangenheit isoliert durchgeführte Analysen, Veranstaltungen, Beratungen, Begegnungen etc. werden künftig durch das Kompetenznetzwerk so aufeinander abgestimmt, dass sie einen zusätzlich erkennbaren Nutzen für die Region erbringen.

Kooperationspartner: Bezirksregierung Lüneburg; Deutsche Management Akademie Niedersachsen (DMAN), Celle; Industrie- und Handelskammer Lüneburg-Wolfsburg, Lüneburg; Handwerkskammer, Lüneburg

Finanzierung: EU-Regionalfond sowie Ministerium für Wirtschaft des Landes Niedersachsen

Beginn: Oktober 2003

Ende: Dezember 2005

4.4 Demokratiemuster und Leistungsbilanz politischer Systeme in Mittel- und Osteuropa

Das Ziel des Forschungsvorhabens besteht darin, die unterschiedlichen Demokratiemuster (*patterns of democracy*) sowie die Leistungsbilanzen von politischen Systemen (*policy performance*) in 10 mittel- und osteuropäischen Ländern im Zeitraum von 1995 bis 2005 empirisch zu identifizieren und analytisch zu verbinden. Theoretisch gehen wir dabei von der *institutions do matter*-Annahme aus. In Weiterentwicklung des Ansatzes von Arend Lijphart (1999) schlagen wir ein dreidimensionales Demokratiemodell vor, das institutionelle wie akteursbezogene Strukturmerkmale verbindet. Demokratische Systeme sind institutionell durch zwei Dimensionen definiert: das Wahlsystem (elektorale Entscheidungsregel) und das Regierungssystem, hier definiert als die Vetomacht außerparlamentarischer Institutionen gegenüber Regierung und Parlament (legislative Entscheidungsregel). Da Politiken nicht allein in institutionellen Rahmenbedingungen entstehen, sondern in diesen von Akteuren beschlossen und umgesetzt werden, untersucht die dritte Dimension die Akteurskonstellation in Regierung und Parlament. Die durch diese drei Dimen-

sionen definierten Demokratiemuster werden mit Policy-Mustern in den Politikfeldern Wirtschaft, Soziales und Umwelt in Beziehung gesetzt. Empirisch soll der Einfluss der Demokratiemuster auf die Leistungsbilanz von politischen Systemen vor dem Hintergrund der historischen Entwicklungen (*legacies*) und der internationalen Einbindung der einzelnen mittel- und osteuropäischen Länder erklärt werden. Insofern werden die traditionellen Analysen über Politikperformanz in westlichen Ländern um die für Mittel- und Osteuropa bedeutenden Fragen *does history matter* bzw. *does globalization matter* ergänzt. Methodisch basiert das Forschungsvorhaben auf der Anwendung der makroquantitativen Vielländeranalyse (Aggregatdatenanalyse). Eingang in die Analyse finden jene Länder Mittel- und Osteuropas, die empirisch vergleichbar sind (*most similar systems*-Design).

Finanzierung: Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG)

Beginn: Januar 2004

Ende: Dezember 2007

4.5 Niedersächsisches Modellkommunengesetz

Mit dem Modellkommunengesetz treibt Niedersachsen den Bürokratieabbau auf Landesebene weiter voran. In einem Erprobungszeitraum von drei Jahren werden in den Modellkommunen in ausgewählten Rechtsbereichen bestimmte Vorschriften nicht mehr, modifiziert oder mit abweichenden Fristenregelungen angewandt.

Insgesamt werden mit dem Modellkommunen-Gesetz vier wesentliche Ziele verfolgt. Es ist beabsichtigt:

- kommunale Handlungsspielräume zu erweitern,
- das Verwaltungshandeln zu beschleunigen und damit Kosten zu reduzieren,
- die Bürgerorientierung der Verwaltung weiter zu verbessern und
- die Entwicklung der jeweils regionalen Wirtschaft zu fördern.

Eine wichtige Aufgabe der wissenschaftlichen Begleitung besteht darin, mit Hilfe eines gemeinsam mit den Kommunen und der Niedersächsischen Staatskanzlei entwickelten Indikatorensets die Auswirkungen des Modellkommunengesetzes im Hinblick auf seine Zielsetzung zu analysieren und zu dokumentieren. Darüber hinaus stehen die beiden beteiligten Hochschulen den Kommunen bei Fragen zur Umsetzung des ModKG beratend zur Seite. Aufgrund der strukturellen Heterogenität der Modellkommunen – es handelt sich um drei Landkreise und zwei Städte – bietet sich die Möglichkeit einer sehr differenzierten Wirkungsanalyse. Insofern erwartet der Gesetzgeber wissenschaftlich fundierte Ergebnisse, um diejenigen Regelungen des ModKG, die sich am Ende des Untersuchungszeitraums bewährt haben, auf alle Kommunen in Niedersachsen auszuweiten. Ferner dient diese Pilotstudie dazu, weitergehende Initiativen zum Bürokratieabbau und zur Erweiterung kommunaler Handlungsspielräume vorzubereiten.

Kooperationspartner: Fachhochschule Osnabrück, Landkreis Cuxhaven, Landkreis Emsland, Landkreis Osnabrück, Stadt Lüneburg, Stadt Oldenburg

Finanzierung: Staatskanzlei Niedersachsen

Beginn: Januar 2006

Ende: Dezember 2008

4.6 Verwaltungsmodernisierung in Niedersachsen

Der niedersächsische Landesgesetzgeber hat im Zuge der Verwaltungsmodernisierung das gerichtliche Vorverfahren für den Zeitraum vom 01.01.2005 bis zum 31.12.2009 grundsätzlich abgeschafft. Im Rahmen einer wissenschaftlichen Begleitevaluation werden die Folgewirkungen der Abschaffung der gerichtlichen Vorverfahren im Hinblick auf die intendierten Ziele der Verfahrensvereinfachung und -beschleunigung dargestellt und analysiert. Neben einer quantitativen Auswertung der statistisch erfassten Klagen bei den sieben niedersächsischen Verwaltungsgerichten werden die Reaktionen in der Verwaltung, in der Rechtspflege und bei den sonstigen Körperschaften öffentlichen Rechts aufgenommen und analysiert. Auf der Grundlage der gewonnenen Erkenntnisse wird die Abschaffung der gerichtlichen Vorverfahren abschließend bewertet. Ferner werden Empfehlungen an die Exekutive und Legislative formuliert.

Finanzierung: Innenministerium Niedersachsen

Beginn: Oktober 2006

Ende: Dezember 2008

4.7 Strategische Steuerung in Party-Government-Systemen

Ziel dieses Forschungsvorhabens ist es, einen Beitrag zur systematischen Integration von Strategiefragen in die politikwissenschaftliche Steuerungstheorie zu leisten. Strategische Steuerung ist kein Synonym des in der Steuerungstheorie verwendeten Begriffs politischer Steuerung. Sie meint den spezifischen Prozess strategischer Politiksteuerung und stellt neben Strategiefähigkeit und Strategiebildung ein Grundelement des gesamten Strategy-Making dar. Das von Dr. Ralf Tils geleitete Projekt konzentriert sich auf strategische Steuerung unter den spezifischen institutionellen Rahmenbedingungen politischer Systeme, die die Politikwissenschaft unter dem Begriff „Party Government“ diskutiert. Zur Entwicklung eines Konzepts strategischer Steuerung für Party-Government-Systeme werden drei relevante Stränge politikwissenschaftlicher Forschung analysiert. Erstens die akteurorientierten Beiträge zur politikwissenschaftlichen Steuerungstheorie, zweitens die – allerdings erst rudimentär entwickelte – systematische politikwissenschaftliche Strategieforschung, drittens die Party-Government-Forschung. Eine empirisch vergleichende Untersuchung zu Anforderungen und Bedingungen sowie zu Möglichkeiten und Grenzen strategischer Regierungssteuerung in Großbritannien und

Deutschland dient der Anwendung, Überprüfung und Weiterentwicklung des erarbeiteten strategischen Steuerungskonzepts. Steuerung soll nicht mehr ohne systematische Antwort auf Strategiefragen auskommen, strategische Steuerung soll fester Bestandteil einer sich herausbildenden politikwissenschaftlichen Strategieanalyse werden.

Finanzierung: Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG)

Beginn: April 2006

Ende: März 2008

5 Dissertationen

5.1 Abgeschlossene Dissertationen

Dr. phil. Thomas Hirsch

Die Perzeption des Petitionsrechts und die Praxis in den Deutschen Landesparlamenten. Eine Untersuchung zu Form, Inhalt und Funktionen von Petitionsberichten.

Die vorliegende Arbeit ist eine empirische Untersuchung zum Petitionswesen in den deutschen Bundesländern, also der Arbeit der jeweiligen Petitionsausschüsse und, soweit vorhanden, der Bürgerbeauftragten. Die Festlegung der Untersuchungseinheiten, die Festlegung der Datenerhebungsmethoden, die Datenerfassung und -analyse sowie schließlich die Interpretation und Bewertung der Hypothese folgt dem klassischen Ablaufschema empirischer Forschungsprogramme. Betrachtet werden die rechtlichen Regelungen und die auf ihnen basierenden formalen Verfahrensweisen. Im Zentrum der Untersuchung steht die statistische Darstellung der eingegangenen Petitionen, ihr Verbleib und ihre Folgen unter ausgesuchten Gesichtspunkten, die Petitionsberichte erfahren eine kritische Sichtung und Wertung.

Beginn: 10/01 – Ende: 02/07

Erstgutachter: Prof. Dr. Uwe Thaysen

Zweitgutachter: Prof. Dr. Egbert Kahle

Dr. phil. Sebastian Lovens, LL.M.

Das Verhältnis zwischen Staat und Parteien anhand aktueller staatsrechtlicher Untersuchungen.

Das kumulative Dissertationsvorhaben widmet sich verschiedenen, miteinander zusammenhängenden Aspekten des Verhältnisses zwischen Staat und Parteien. Die Forschung begann im Jahr 2000 mit der Untersuchung der bundesverfassungsrichterlichen Judikate zur Parteienfinanzierung, die im Beitrag „Stationen der Parteienfinanzierung im Spiegel der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts“ in der Zeitschrift für Parlamentsfragen, 2000, S. 285-289 publiziert wurden. Aspekte der repressiven Aktion des Staates gegen Parteien sind Gegenstand des Beitrages „Parteiverbote in der Bundesrepublik Deutschland. Zur verfassungsrechtlichen Ausgangslage der Anträge gegen die NPD.“, Zeitschrift für Parlamentsfragen, 2001, S. 550-572. Der Entscheidungsfreiheit des auch unter parteipolitischen Gesichtspunkten besetzten Richterwahlausschusses widmet sich „Verfassungswidrige Richterwahl?“, Zeitschrift für Rechtspolitik, 2001, S. 465-469, während „Die Besetzung der Bundestagsbank des Vermittlungsausschusses“, Zeitschrift für Parlamentsfragen,

2003, S. 33-41, das Verhältnis zwischen Mehrheit und Proporz im Parlament in den Fokus nimmt. Die sich in Planung befindliche Monografie „Bundesverfassungsrichter zwischen freier Meinungsäußerung, Befangenheit und Verfassungsorgantreue“ als größter Einzelteil der Dissertation widmet sich dem immanenten Spannungsverhältnis zwischen prononcierter (verfassungsrechtlicher) Meinungsäußerung von Richtern des BVerfG, die oft auch (partei-)politisch motiviert ist, einerseits und deren prozessual-prozeduralen Unvoreingenommenheit andererseits. Ein Beitrag zum „Anspruch“ der Bundestagsfraktionen auf Besetzung der Vizepräsidentenstellen des Bundestagspräsidiums rundet das Forschungsvorhaben parlamentsrechtlich ab.

Beginn: 2003 – Ende: 02/07

Erstgutachter: Prof. Dr. Uwe Thaysen

Zweitgutachter: PD Dr. Joachim Sanden

Dr. rer. pol. Philipp Harfst

Wahlsystemwandel in Mittelosteuropa. Strategisches Design einer politischen Institution.

Die Arbeit, die im Bereich der empirisch-vergleichenden politikwissenschaftlichen Institutionenforschung anzusiedeln ist, beschäftigt sich mit dem demokratischen Wandel von Wahlsystemen in Mittel- und Osteuropa. Es geht erstens um die Formulierung theoriegeleiteter Hypothesen zum Wandel von Wahlsystemen; zweitens um eine empirisch anspruchsvolle Bestandsaufnahme des demokratischen Wandels von Wahlsystemen in Mittel- und Osteuropa von 1990 bis 2003; und drittens um eine quantitative Prüfung der Plausibilität der Hypothesen zum Wahlsystemwandel.

Als Ergebnis des empirisch-deskriptiven Teils lässt sich festhalten, dass insgesamt 57 Fälle des Wahlsystemwandels in Mittelosteuropa identifiziert werden können. Die empirisch-quantitative Analyse zeigt, dass sich die Hypothesen zum demokratischen Wahlsystemwandel durch strategisch zweckrationale Akteure als plausibel erweisen.

Beginn: 04/03 – Ende: 11/06

Erstgutachter: Prof. Dr. Ferdinand Müller-Rommel

Zweitgutachter: PD Dr. Bernhard Weßels (Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung)

Dr. phil. Helmut Klaus

Der Dualismus Preußen versus Reich in der Weimarer Republik in Verwaltung und Politik.

Es werden jene Konflikte zwischen Preußen und dem Reich behandelt, die sich auf Grund der in der Reichsverfassung von 1919 angelegten Spannungsperspektiven ergeben. Das betrifft das neu gestaltete Finanzverfassungssystem und die Finanzorganisation, die die Umkehr der Finanzverfassung des Kaiser-

reichs darstellten, die Neuorganisation des Eisenbahnwesens in der Regie des Reichs sowie vor allem den Aufbau einer reichseigenen Wasserstraßenverwaltung für die Flüsse erster Ordnung. Aber auch das konfliktbeladene Verhältnis beider zueinander im Siedlungswesen vornehmlich im Osten des Reichs, das aber im Gegensatz zu den klagebehafteten Komplexen des Eisenbahnwesens und der Organisation einer Reichswasserstraßenverwaltung schließlich auf dem Verhandlungswege entkrampft werden konnte. Die Reichsreform Ende der 20er Jahre als Versuch grundlegender staatsrechtlicher Neuordnung zwecks Beseitigung des Dualismus Preußen - Reich, ihr Scheitern und der Staatsstreich von Papens gegen Preußen 1932 runden das bearbeitete Thema ab. Der Erkenntnisgewinn besteht in der Erschließung umfangreicher historiographisch einschlägiger und bisher nicht erschlossener Quellen.

Beginn: 10/02 - Ende: 02/06

Erstgutachter: Prof. Dr. Jörg Wolff

Zweitgutachter: Prof. Dr. Uwe Thaysen

Dr. phil. Yves Patrick Pallade

Germany and Israel in the 1990s and Beyond: Still a 'Special Relationship'?

Das deutsch-israelische Verhältnis wurde häufig als 'besondere Beziehung' charakterisiert. Allerdings ließen die weltpolitischen Umbrüche nach Ende des Kalten Kriegs die beiden Länder nicht unberührt. Hinzu kamen teilweise Generationswechsel in beiden Ländern – vor allem auf politischer Ebene. Dies alles wirft Fragen nach den Auswirkungen auf das Verhältnis zwischen der Bundesrepublik und Israel auf; nach Brüchen, allmählichen Veränderungen und Kontinuitäten; vor allem aber nach der geeigneten Charakterisierung dieser Beziehung und ihrer Bedeutung für beide Staaten.

Zunächst ist jedoch eine Klärung des Konzepts der 'besonderen Beziehungen' nötig. Dabei fällt auf, dass es relativ wenige und häufig auch nur beschränkte Versuche einer theoretischen Fundierung von sogenannten ‚special relationships‘ in den Internationalen Beziehungen gibt. Dabei deutet die Verwendung des Begriffs ‚besonders‘ (‚special‘) statt lediglich ‚einzigartig‘ (‚unique‘) bereits an, dass es sich um eine eigene Kategorie handelt, die sich von anderen bilateralen Beziehungen zwischen Staaten ‚positiv‘ abhebt. Geklärt werden im folgenden zum einen die möglichen Ursachen und Voraussetzungen für die Entstehung von ‚special relationships‘ und zum anderen die Art und Weise, in der sich das Zusammenwirken der jeweiligen Partnerländer ‚positiv‘ von anderen möglichen Interaktionsmustern zwischen Ländern abhebt. Aus verschiedenen theoretischen Fragmenten lassen sich schließlich zwei argumentativ dominierende Ansätze herauskristallisieren, die in eine Synthese überführt werden. Diese dient als Schablone, durch welche die deutsch-israelischen Beziehungen seit Beginn der 1990er Jahre betrachtet und analysiert werden.

Nicht zuletzt durch die theoretischen Schlussfolgerungen ergibt sich die Notwendigkeit, einen breiten Querschnitt durch die verschiedenen Bereiche der Interaktion zwischen den beiden Ländern zu vollziehen: politische und diplo-

matische Kontakte, Kooperation im Bereich der Sicherheit, gesellschaftliche und professionelle Zusammenarbeit sowie Wirtschaftsbeziehungen. Hierbei werden auch Parallelen und Verbindungen zwischen diesen Feldern deutlich, die sich nicht zuletzt durch die Einflussnahme von politischer Ebene ergeben. Die dominierenden Interaktionsmuster werden gegeneinander abgewogen und vor dem Hintergrund der theoretischen Synthese bewertet. Abschließend erfolgt ein Ausblick auf zukünftige Herausforderungen für das deutsch-israelische ‚besondere Verhältnis‘, und es werden Ansätze zu dessen Überwindung dargestellt.

Beginn: 03/02 – Ende: 12/04

Erstgutachter: Prof. Dr. Ferdinand Müller-Rommel

Zweitgutachter: Prof. Dr. Ulrich von Alemann (Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf)

Dr. phil. Holger Meyer

Umweltpolitik in den MOE-Beitrittsländern: Erklärungsmuster zur Umweltperformanz im Kontext der EU-Osterweiterung.

Die wissenschaftliche Herausforderung der Umweltpolitikfeldanalyse besteht darin, die Erfolgsbedingungen von Umweltpolitiken zu identifizieren. In der Forschungsliteratur wurde dieses Problem bereits in qualitativ-angelegten Fallstudien umfassend bearbeitet. Im Gegensatz dazu existieren nur wenige quantitativ-ländervergleichende Studien, in denen hauptsächlich sektorale Umweltpolitiken untersucht werden. Ausgehend von diesem Forschungsstand treibt die vorliegende Dissertationsschrift den politikwissenschaftlichen Diskurs zur komparativen Umweltpolicy-Forschung in räumlicher, zeitlicher und inhaltlicher Dimension voran. Im Mittelpunkt der Analyse stehen die Umweltpolitiken der zehn mittelosteuropäischen EU-Erweiterungsländer (MOEL). Um die zentrale Forschungsfrage nach den Erfolgsbedingungen für Umweltpolitiken in den MOEL beantworten zu können, wurde im deskriptiven Teil der Arbeit aufgezeigt, welche umweltpolitischen Vorgaben der EU umzusetzen waren, über welche umweltpolitischen Kapazitäten diese Länder verfügten und wie die Umweltperformanz dieser Länder innerhalb des Beobachtungszeitraumes (1989-2000) verlief. Die Umweltperformanz der zehn MOEL wurde als abhängige Variable durch vier Umweltindizes und zwei -indikatoren operationalisiert. Die Berechnung und der Vergleich durchschnittlicher Umweltperformanzveränderungsraten dienten dazu, sowohl die umweltpolitischen Erfolgs- als auch Misserfolgswerte innerhalb der untersuchten Ländergruppe herauszufiltern. Den Mittelpunkt des empirisch-analytischen Teils der Arbeit bilden multivariate Regressionsanalysen auf der Grundlage fünf unterschiedlicher Erklärungsmuster zur Umweltperformanz. Im Einzelnen handelte es sich dabei um die Modelle: „Politisch-institutionelle Faktoren“, „Europäisierungsprozesse“, „Globalisierungsprozesse“, „Volkswirtschaft“ und „Wohlfahrtsstaatlichkeit und Demographie“. Diesen wurden die unabhängigen Variablen zugeordnet. Die empirischen Ergebnisse der Arbeit bestärken die im Theorieteil postulierte

Annahme, dass die fünf angewandten Modelle den umweltpolitischen Erfolg bzw. Misserfolg der mittelosteuropäischen Beitrittsländer unterschiedlich gut erklären. Ein „Supermodell“, das die Entwicklung aller Umweltperformanzindizes und -indikatoren integrativ und schlüssig erklärt, besteht nicht. Die vorliegende Studie liefert den empirisch gehaltvollen Nachweis, dass beispielsweise die Agrarumweltbelastungen und das Nuklearrisiko in den Ländern besonders hoch waren, die schon weit auf dem Weg der europäischen Integration fortgeschritten sind. Der langläufig unterstellte umweltqualitätverbessernde Einfluss der EU auf die Umweltperformanz der mittelosteuropäischen EU-Erweiterungsländer trifft damit keineswegs auf alle wichtigen Umweltfragen zu.

Beginn: 10/00 – Ende: 08/04

Erstgutachter: Prof. Dr. Ferdinand Müller-Rommel

Zweitgutachter: Prof. Dr. Peter Hartmann (Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf)

Dr. rer. pol. Ralf Tils

Politische Strategeanalyse. Ein Untersuchungsansatz und seine Anwendung auf Strategiekonzepte für die Umwelt- und Nachhaltigkeitspolitik.

Angesichts fundamentaler Änderungen der Rahmenbedingungen des Betriebs von Politik (verlorengegangene Stabilitäten, abnehmende Sicherheiten etc.) steigt zwar das Interesse an politischer Strategie, von der man sich höhere Erfolgsaussichten für das Erreichen von Macht- und Gestaltungszielen verspricht, zugleich erschweren aber aktuelle Entstrukturierungs- und Entgrenzungsprozesse in der Politik strategisches Handeln von politischen Akteuren. Das Dissertationsprojekt analysiert allgemein Inhalt, Konturen und Anforderungen politischer Strategie. Strategische Politik wird auch für die Felder der Umwelt- und Nachhaltigkeitspolitik als notwendig angesehen, um dort zukunftsfähige und durchsetzbare Politiken zu ermöglichen. Sowohl in der Wissenschaft als auch in der Praxis sind Konzeptualisierungen mit strategischem Anspruch entwickelt worden, die zu einer neu ausgerichteten und erfolgreichen Umwelt- und Nachhaltigkeitspolitik führen sollen. Wollen solche auf die Zukunft gerichteten Konzepte strategischen Anforderungen genügen, müssen sie längerfristig und situationsübergreifend angelegt sein, Ziele formulieren, Mittel und Wege zur Zielerreichung aufzeigen und eine erfolgreiche Strategiedurchsetzung versprechen können. Im Rahmen dieser Arbeit werden exemplarisch zwei wichtige strategische Konzepte aus dem Bereich der Umwelt- und Nachhaltigkeitspolitik aus strategischer Perspektive analysiert. Dabei geht es unter der Leitfrage politischer Strategie vor allem darum, die jeweiligen Modelle und Konzepte aus ihrer Policy-Begrenzung herauszulösen und ihre kritische Würdigung auch unter dem Fokus der Politics-Dimension vorzunehmen. Damit wird es möglich, Nichtverbindungen von Policy- und Politicsaspekten der Konzepte im Strategiezusammenhang aufzuzeigen. Ziel der Arbeit ist die Konzeptualisierung eines politikwissenschaftlichen Strategieansatzes unter

besonderer Berücksichtigung der Umwelt- und Nachhaltigkeitspolitik. Damit wird es möglich, die Handlungsfähigkeit problembezogener Politik durch Abstimmung mit Bedingungen übergreifender strategischer Politik zu steigern.

Beginn: 01/02 – Ende: 08/04

Erstgutachter: Prof. Dr. Thomas Saretzki

Zweitgutachter: Prof. Dr. Ferdinand Müller-Rommel

5.2 Laufende Dissertationen

Dipl.-Umweltwiss. Basil Bornemann

Nachhaltigkeit und Politikintegration. Funktionsweise und Wirkungen von institutionellen Arrangements zur Politikintegration im Kontext von Nachhaltigkeitspolitiken in drei europäischen Demokratien.

Ausgehend von der Beobachtung zahlreicher Forschungslücken im Feld Nachhaltigkeitspolitik und Politikintegration zielt das Promotionsvorhaben auf eine Klärung des Verhältnisses von Politikintegration und Nachhaltigkeitspolitik in theoretisch-konzeptioneller und empirischer Hinsicht. Unter systematischem Rückgriff auf die Nachhaltigkeitsidee und Konzepte von Politikintegration wird zunächst die Entwicklung eines theoretisch fundierten und differenzierten Verständnisses integrativer Nachhaltigkeitspolitik angestrebt. Dieses bildet den Ausgangspunkt für die Genese eines analytischen Bezugsrahmens zur empirischen Rekonstruktion und Bewertung praktischer Ansätze der Politikintegration im Kontext von Nachhaltigkeitspolitik. In drei detaillierten, auf Methoden der qualitativen empirischen Sozialforschung basierenden Länderstudien (Deutschland, Schweiz und Großbritannien) werden auf der Basis des Evaluationsrahmens spezifische institutionelle Arrangements der Nachhaltigkeitspolitik daraufhin analysiert, ob und inwieweit sie die Anforderungen an eine integrative Politik der Nachhaltigkeit erfüllen können. Insgesamt will die Arbeit einen Beitrag zur weiteren theoretischen Fundierung und empirischen Aufklärung von Nachhaltigkeitspolitik leisten. Sie zielt erstens auf eine konzeptionelle Verbindung der in weiten Teilen bislang parallel laufenden wissenschaftlichen Diskussionslinien um Nachhaltigkeit und Politikintegration, zweitens auf die Genese empirisch fundierten Wissens über die institutionellen Bedingungen und Voraussetzungen sowie Möglichkeiten und Grenzen integrativer Nachhaltigkeitspolitik und drittens auf die Herleitung theoretisch und empirisch reflektierter Reformansätze für die nachhaltigkeitspolitische Praxis.

Beginn: 04/06 – Ende: 04/09

Erstgutachter: Prof. Dr. Thomas Saretzki

Katja Fettelschoß, M.A.

Elitenwandel und gesellschaftlicher Wandel in post-sozialistischen Ländern.

Im Dissertationsprojekt werden die ministeriellen Eliten in elf mittel- und ost-europäischen Staaten untersucht. Die Arbeit leistet einen theoretischen und empirischen Beitrag zur akteursbezogenen politikwissenschaftlichen Forschung. Fragen nach biographischen Hintergründen und Karrieren einzelner Minister, der Zusammensetzung und Veränderung von Kabinetten in einzelnen mittelosteuropäischen Ländern sowie der Vergleich zwischen Staaten stehen im Zentrum des Forschungsvorhabens. Zur Realisierung dieses Projektes wird zunächst ein Datensatz mit etwa 40 Variablen zu jedem seit den ersten freien Wahlen amtierenden Minister in den Ländern Bulgarien, Estland, Kroatien, Lettland, Litauen, Polen, Rumänien, Slowakei, Slowenien, Tschechien und Ungarn angelegt. Dem folgt eine quantitative Analyse unter der zentralen Fragestellung: „Do Ministers matter“?

Beginn: 04/03 – Ende: 12/07

Erstgutachter: Prof. Dr. Ferdinand Müller-Rommel

Zweitgutachter: Prof. Dr. Ursula Hoffmann-Lange (Universität Bamberg)

Dipl. jur. Friederike Heins

Die Zukunft des gerichtlichen Vorverfahrens – Reformen im Bereich des Verwaltungsverfahrens- und Verwaltungsprozessrechts unter besonderer Berücksichtigung des Umweltrechts.

Das Dissertationsvorhaben beschäftigt sich mit der Zukunft des gerichtlichen Vorverfahrens. Anlass zu dieser Untersuchung bietet die im Zuge der niedersächsischen Verwaltungsmodernisierung erfolgte weitestgehende Abschaffung der gerichtlichen Vorverfahren für den Zeitraum 2005 bis 2009. Es gilt zu untersuchen, inwieweit die vielfach behauptete Diskrepanz zwischen den normativen Funktionen des Widerspruchsverfahrens und ihrer tatsächlichen Umsetzung in der Praxis tatsächlich gegeben ist, um auf dieser Basis die Erforderlichkeit der Durchführung des gerichtlichen Vorverfahrens zu untersuchen und Reformkonzepte zu entwickeln. Neben der in der Wissenschaft intensiv diskutierten Stärkung des Vorverfahrens, insbesondere durch die Integration mediativer Elemente, sind alternative Handlungskonzepte zu entwickeln, um den Wegfall des Vorverfahrens zu kompensieren. Auf der Basis der hierdurch gewonnenen Erkenntnisse hat schließlich eine Prognose über die Zukunft des gerichtlichen Vorverfahrens stattzufinden. Neben einer Bewertung der Entbehrlichkeit des gerichtlichen Vorverfahrens ist hier auf die Eignung alternativer Konzepte einzugehen.

Beginn: 12/06 – Ende: 12/08

Erstgutachter: Prof. Dr. Thomas Schomerus

Zweitgutachter: Prof. Dr. Ferdinand Müller-Rommel

Stefan Lage, M.A.

Die Bedeutung unternehmensexterner Akteure bei der Lösung von Problemen bei internationalen Wirtschaftstätigkeiten kleiner und mittlerer Unternehmen.

Im Kontext des wirtschaftsgeografischen Promotionsvorhabens wird von kleinen und mittleren Unternehmen ausgegangen, die im ehemaligen Regierungsbezirk Lüneburg ansässig und in mindestens einem der zehn mittelost-europäischen Beitrittsländer der Europäischen Union wirtschaftlich aktiv sind. Die Beleuchtung der Lösung dabei auftretender Probleme politischer, kultureller sowie unternehmensorganisatorisch-struktureller Art und dabei hinzugezogener unternehmensexterner Akteure steht im Mittelpunkt des Erkenntnisinteresses.

Beginn: 03/05 – Ende: 02/08

Erstgutachter: Apl. Prof. Dr. Peter Pez

Zweitgutachter: Prof. Dr. Ferdinand Müller-Rommel

Ulrich Niemann

Komparative Analyse wirtschaftlicher Transformation in der Demokratischen Volksrepublik Korea.

Liegt den in Nordkorea eingeleiteten Wirtschaftsreformen eine faktische Transformationsstrategie zugrunde? Findet dort wirkliche Transformation statt oder handelt es sich nur um einen Scheinprozess? Wie ist dieser Prozess politologisch zu beurteilen?

Die in englischer Sprache verfasste Arbeit soll den Stand der wirtschaftlichen Transformation in Nordkorea messen und bewerten. Dafür werden Transformationsverläufe anderer Länder wie der ehemaligen DDR, Ungarn, Estland, Russland, der VR China und Vietnam untersucht. Aus der Analyse dieser Fallbeispiele werden Kriterien für ein Messmodell entwickelt, welches die wichtigsten Indikatoren der ökonomischen Transformation beschreibt und bewertet. Dabei sollen auch die besonderen Unterschiede von Transformationsverläufen in den Regionen Asien und Europa herausgearbeitet werden.

Auf der Grundlage dieser empirischen Untersuchung sollen insbesondere die ab 2002 eingeleiteten wirtschaftlichen Reformmaßnahmen der nordkoreanischen Regierung vergleichend analysiert und bewertet werden.

Beginn: 07/05 – Ende: 02/08

Erstgutachter: Prof. Dr. Uwe Thaysen

Zweitgutachter: Prof. Dr. Ferdinand Müller-Rommel

Axel Piesker, M.A.

Regierungsorganisationen im Wandel – Eine Analyse der institutionellen Veränderungsprozesse des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU) 1986-2006.

Umweltpolitik zählt zu den vergleichsweise jungen, sich jedoch sehr dynamisch entwickelnden Politikfeldern. Vor allem in den letzten Jahren hat sie zunehmend an Bedeutung gewonnen.

Während aber bisher überwiegend die Policy- und Politics-Dimension der deutschen Umweltpolitik im Mittelpunkt des Forschungsinteresses stand, untersucht das Dissertationsvorhaben Veränderungsprozesse in der Polity-Dimension des Politikfeldes.

Am Beispiel des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit – einer der zentralen der Akteure der deutschen Umweltpolitik – wird eine umfangreiche Analyse der institutionellen Wandlungsprozesse durchgeführt. Aufgrund des engen Beziehungsgeflechts zwischen dem BMU und seinen drei nachgeordneten Behörden werden das Umweltbundesamt, das Bundesamt für Naturschutz sowie das Bundesamt für Strahlenschutz mit in die Untersuchung einbezogen.

Im Zentrum des Forschungsvorhabens steht die Klärung der Frage, welche Formen des institutionellen Wandels sich bei Regierungsorganisationen unterscheiden lassen und welche Faktoren für diese Veränderungsprozesse verantwortlich sind.

Beginn: 11/06 – Ende: 12/08

Erstgutachter: Prof. Dr. Ferdinand Müller-Rommel

Zweitgutachter: Prof. Dr. Thomas Saretzki

Dipl. oec. Henrike Schultze

Demokratische Regime und Regierungspolitiken in Mittelosteuropa.

In Analysen von parlamentarischen Entscheidungsprozessen werden bisher zwei Faktoren systematisch nicht berücksichtigt, die die Einigungsfähigkeit politischer Akteure maßgeblich strukturieren: die (primär) institutionell definierte legislative Entscheidungsregel des politischen Systems und die programmatische oder Policy-Präferenzstruktur der im Gesetzgebungsprozess relevanten politischen Akteure. Dadurch drohen irreführende Rückschlüsse bezüglich der Größe der Einigungsmenge. Mit diesem Beitrag wird ein neuer Ansatz zur Analyse der Einigungsfähigkeit politischer Akteure in parlamentarischen Demokratien vorgeschlagen, der sowohl den Einfluss der Vetostärke außerparlamentarischer Institutionen als auch den Einfluss der zwischen Politikfeldern differierenden Interessen parteipolitischer Akteure systematisch berücksichtigt. Damit wird die von Ganghof (2005) formulierte Idee aufgegriffen, Lijpharts (1999) *Patterns of Democracy*- und Tsebelis' (2002) *Veto Play-*

er-Ansatz in einem modifizierten räumlichen Modell der Wahl zusammenzubringen. Für parlamentarische Demokratien wird angenommen, dass das reale Mehrheitserfordernis im Parlament neben dem formalen Quorum zusätzlich von der Vetomacht außerparlamentarischer Institutionen beeinflusst ist. Darüber hinaus wird unterstellt, dass Akteure ihre Politikpräferenzen kohärent strukturieren und den verschiedenen Politikfeldern unterschiedliche Bedeutung zumessen. Ausgehend von diesen Hypothesen wird ein neues multidimensionales räumliches Modell der Wahl vorgeschlagen. Jenseits der Konvention, euklidische Präferenzstrukturen zugrunde zu legen, wird mit Hilfe von Indifferenzkurven der Minkowski Metrik verschiedener Grade gezeigt, wie der trade off von Interessen die Einigungsmenge zwischen Akteuren definiert. Es resultiert ein erweitertes räumliches Modell der Wahl, das bei der Analyse von Entscheidungsprozessen in der Lage ist, sowohl institutionellen als auch präferentiellen Strukturen in politischen Systemen Rechnung zu tragen. Eingang in die Analyse finden jene Länder der Mittel- und Osteuropa, die empirisch vergleichbar sind (*most similar systems*-Design).

Beginn: 11/05 – Ende: 12/08

Erstgutachter: Prof. Dr. Ferdinand Müller-Rommel

Zweitgutachter: Prof. Dr. Uwe Thaysen

6 Konferenzen und Vorträge am ZDEMO

6.1 Konferenzen am ZDEMO

Transformation Research Initiative (TRI)

Vom **04.-06. Mai 2006** hielt die TRI ihre jährliche internationale Konferenz im Zentrum für Demokratieforschung ab. Teilnehmer waren: Prof. H. Kotzé, Prof. B. Lategan, Prof. U. van Beek, Prof. P. Mohr, Prof. P. du Toit, Ms. S. Schulein, Prof. D. Berg-Schlosser, Prof. H.-D. Klingemann, Prof. J. Rüsen, Prof. U. Hoffmann-Lange, Dr. R. Markowski, Prof. T. Pettersson, Prof. Y. Esmer, Prof. S.-J. Han.

Treffen der Wirtschaftsförderer anlässlich des „Dies Academicus“

Anlässlich des „Dies Academicus“ fand am **09. November 2005** das Treffen der Wirtschaftsförderer an der Universität Lüneburg statt. Das Zentrum für Demokratieforschung und die Deutsche Management-Akademie Niedersachsen präsentierten im Rahmen dieser Veranstaltung Forschungs-, Entwicklungs- und Beratungsleistungen für die regionale Wirtschaft im EU-Strukturfondprojekt Ost-West-Kompetenznetzwerk Celle-Lüneburg.

Informationsveranstaltung im Rahmen der Veranstaltungsreihe "neugierig.05"

Am **03. November 2005** lud das Ost-West-Kompetenznetzwerk Celle-Lüneburg (ZDEMO/Deutsche Management-Akademie Niedersachsen) und die Industrie- und Handelskammer Lüneburg-Wolfsburg zu einer Informationsveranstaltung zum Thema „Unsere Region im Austausch mit Osteuropa: Kompetenzen, Aktivitäten und Perspektiven“ ein.

Ausländische Studierende und regionale Wirtschaft

Am **01. März 2005** organisierte das Zentrum für Demokratieforschung an der Universität Lüneburg im Rahmen eines anwendungsorientierten Forschungsprojekts eine Tagung mit dem Titel „Ausländische Studierende und regionale Wirtschaft“.

Ziel der Veranstaltung war die bestehenden studentischen Austauschprogramme mit den mittelosteuropäischen Universitäten durch Praktikumsangebote für ausländische Studierende in regionalen Unternehmen zu erweitern. In diesem Zusammenhang war es wichtig, nicht nur die rechtlichen Rahmenbedingungen und Fördermöglichkeiten für eine solche Programmweiterung, sondern vor allem auch die Erwartungen und Kapazitäten der Wirtschaft zu ermitteln.

Cabinet Decision-Making in Central Eastern Europe

Vom **02.-05. Juni 2005** fand am Zentrum ein internationales wissenschaftliches Symposium über Entscheidungsprozesse in post-kommunistischen Regierungen statt. Ein Teilnehmerkreis von 14 Personen diskutierte gemeinsam zusammengetragene empirische Befunde über Kabinette in Mittelosteuropa. Das Symposium wurde finanziert von der Fritz Thyssen Stiftung.

QCA-Workshop

Am **24. und 25. Februar 2005** fand am Zentrum für Demokratieforschung ein Workshop zu der von Charles Ragin entwickelten „Qualitative Comparative Analysis“ (QCA) statt. QCA soll die methodische Lücke zwischen der Fallstudie und der quantitativen statistischen Analyse mit hohen Fallzahlen schließen und bietet somit eine Lösung für das „Small-N-Problem“.

Als Referenten konnten Dr. Claudius Wagemann (European University Institute, Florenz) und Dr. Carsten Schneider (Central European University, Budapest) gewonnen werden.

Föderalismusreform in Deutschland: Auswirkungen auf die regionale und kommunale Ebene

Die Niedersächsische Landeszentrale für Politische Bildung (NLPB) und das Zentrum für Demokratieforschung (ZDEMO) der Universität Lüneburg zogen am **01. Dezember 2004** auf dem Campus der Universität Lüneburg Zwischenbilanz zum Thema: „Föderalismusreform in Deutschland: Auswirkungen auf die regionale und kommunale Ebene“.

Ziel der Veranstaltung ist, die Auswirkungen der Föderalismusreform in Deutschland auf die regionale und kommunale Ebene im Kontext der europäischen Integration zu analysieren.

Empirische Methoden in der Vergleichenden Politikwissenschaft und ihre Anwendung

Vom **08. bis 10. Oktober 2004** fand an der Universität Lüneburg die gemeinsame Tagung des Arbeitskreises „Interkultureller Demokratievergleich“ und der Ad-hoc-Gruppe „Empirische Methoden der Politikwissenschaft“ der DVPW zum Thema „Empirische Methoden in der Vergleichenden Politikwissenschaft und ihre Anwendung“ statt.

EU-Erweiterung mit oder ohne Türkei

Diskussionsveranstaltung am **07. Juni 2004** mit Prof. Dr. Udo Steinbach (dt. Orient-Institut, Universität Hamburg), Prof. Dr. Otto Luchterhandt (Universität Hamburg), Prof. Dr. Ferdinand Müller Rommel, Bernd Althusmann (MdL).

6.2 Hans-Dieter-Klingemann Lecture

Prof. Dr. Chris Welzel (Jacobs University Bremen)

03. Juli 2007

„Ist Demokratie ein universell übertragbares Konzept?“

Prof. Dr. Dr. h.c. Klaus von Beyme (Universität Heidelberg)

06. Juni 2006

„Demokratie und Förderalismus“

Prof. Dr. Manfred G. Schmidt (Universität Heidelberg)

05. Juli 2005

„Die Zukunft der Demokratie“ (der Vortrag wurde veröffentlicht in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 4/2006, S. 812-822.)

Prof. Dr. Dr. h.c. Hans-Dieter Klingemann (WZB)

20. Juli 2004

„Die Entwicklung einer demokratischen politischen Kultur in Mittel- und Osteuropa“

6.3 Gastvorträge am ZDEMO

Alexandra Ionascu (Freie Universität Brüssel)

12. Juni 2007

„Romanian Political Elites: When (and How) Does the Selection of Ministers matter?“

Prof. Dr. Joachim Raschke (Universität Hamburg) und **Dr. Ralf Tils**

05. Juni 2007

„Politische Strategie“

Prof. Dr. Joachim Radkau (Universität Bielefeld)

25. Mai 2007

„Öko-Bewegung – Ein moderner Mythos?“

Professor Dr. Richard Stöss (Freie Universität, Berlin)

21. November 2006

„Rechtsextremismus im Wandel“

Dr. Oleh Protsyk (European Center for Minority Issues, Flensburg)

02. Mai 2006

„Institutional Sources of Variation in Democratic Performance of the Western CIS countries“

Dr. Guido Tiemann (Europa-Universität Viadrina, Frankfurt/Oder)

17. Januar 2006

„Wahlsysteme, Parteiensysteme und politische Repräsentationen in Osteuropa“

Prof. Dr. Michael Huelshoff (University of New Orleans, USA)

13. Dezember 2005

„Institutions, Structure and Political Parties in New and Old Democracies“

Prof. Dr. Vello Pettai (University of Tartu, Estonia)

06. Dezember 2005

„The Institutionalization of the Political Class in the Baltic States“

Dipl.-Pol. Delia Schindler (Universität Hamburg)

22. November 2005

„Urban Governance. Wandel von Steuerungsmustern durch Netzwerke“

Prof. Dr. Albert Janssen (Direktor des niedersächsischen Landtages a.D.)

28. Oktober 2005

„Brauchen wir eine neue deutsche Verfassung?“

Dr. Harry Boyte (University of Minnesota, USA)

22. Juni 2005

„Sources of Democracy“

Prof. Dr. Friedbert Rüb (Universität Hamburg)

21. Juni 2005

„Governance in der Demokratie. Ist der Begriff des Regierens antiquiert?“

Prof. Dr. Jean Blondel (European University, Florence)

03. Juni 2005

„Governing the New Europe“

Sven Herlyn (Generalbevollmächtigter der NORD/LB)

05. Mai 2004

„Die Nordoststrategie der NORD/LB im Kontext der EU-Osterweiterung“

Dr. Steffen Ganghof (MPI für Gesellschaftsforschung, Köln)

26. April 2005

„Normative Modelle, institutionelle Typen und beobachtbare Verhaltensmuster: Ein Vorschlag zum Vergleich parlamentarischer Demokratien“

Prof. Dr. Markus Crepaz (University of Georgia, USA)

02. Juli 2004

„The Impact of Collective and Competitive Veto Points on Public Expenditures in the Global Age“

Dr. Andrea Gawrich (Universität Kiel)

08. Dezember 2003

„Minderheitenpolitik in der EU-Osterweiterung – Konjunktur eines Politikfeldes“

Prof. Dr. Erzsébet Rózsa (Universität Debrecen, Ungarn)

24. November 2003

„Nationale und europäische Identität in Ungarn vor dem Beitritt der EU“

Weitere Gäste (Forschungsaufenthalte)

Prof. Dr. John Higley (University of Texas, Austin/USA)

27.-29. November 2006

Prof. Dr. Bernhard Grofman (University of California, Irvine/USA)

23. August 2006

Prof. Dr. Sten Berglund (Orebro University, Schweden)

11. Januar 2006

Prof. Dr. Huan Qingzhi (Shandong University, China)

12. Dezember 2005

Prof. Dr. Chris Welzel (International University Bremen)

29. Juni 2005

Prof. Dr. Thomas Koelble (University of Cape Town, Südafrika)

24. Juni 2005

Dr. Richard Luther (Keele University, England)

21. Februar 2005

Prof. Dr. Vello Pettai (Universität Tartu, Estland)

06. Januar 2005

Prof. Dr. Robert Rohrschneider (Indiana University, USA)

26. August 2004

7 ECPR/DAAD PhD Summer School Governance and Democracy in Central Eastern Europe

The overall theme of the Summer School focuses on the performance of governance and democracy in Central Eastern Europe during and after the phase of transition and consolidation. The PhD-training builds upon the comparative research findings of democratic politics in Western Europe and attempts to analyze the basic assumptions of these studies for Central Eastern European countries. The Summer School comprises an intensive program of lectures, seminars and presentations of students' research projects.

The main **aims** of the Summer School include

- to expose junior academics to a wider range of expertise on theoretical and methodological approaches than would normally be available at a single institution,
- to provide a forum to discuss empirical developments and other academic matters with students and specialized staff from Western and Central Eastern Europe,
- to help graduate/PhD researchers develop their dissertation projects/theses, and
- to stimulate closer academic co-operation between junior researchers in Political Science across Europe.

The more general **objectives** of the Summer School include

- promoting the Europeanisation of Political Science teaching and research skills,
- disseminating best practice in research on governance and democracy, and
- helping to shape the awareness of Central Eastern European issues amongst participating student cohorts that will no doubt include future European university academics.

7.1 Akademisches Programm 2007 (Lectures)

Ferdinand Müller-Rommel: „Patterns of Democracy in Central Eastern Europe“

Hans-Dieter Klingemann: „Which Type of Democracy in Europe? Public Support for Liberal and Social Democracy“

Zsolt Enyedi: „Political Parties and Party Systems“

Wolfgang Merkel: „Embedded and Defective Democracies“

Radoslav Markowski: „Cleavage Development in New Democracies“ und „Political Representation and Accountability“

Vello Pettai: „The Institutionalization of the Political Class in the Baltic States“

Darina Malová: „The Impact of the European Union on the Transition in Central and Eastern Europe“

Jean Blondel: „The Structure of National Executives in Eastern Europe“

7.2 Akademisches Programm 2006 (Lectures)

Ferdinand Müller-Rommel: „Patterns of Democracy in Central Eastern Europe“

Hans-Dieter Klingemann: „Which Type of Democracy in Europe? Public Support for Liberal and Social Democracy“

Sten Berglund: „Defying Expectations and Predictions: A Note on the Difficult Art of Making Sense of Central and East European History“

Eric Uslaner: „Social Capital in Central Eastern Europe“

Paul Lewis: „Political Parties and Party Systems in Central Eastern Europe“

Zdenka Mansfeldova: „Interest Representation in Post-Communist Democracies“

Vello Pettai: „The Institutionalization of the Political Class in the Baltic States“

Darina Malova: „The Impact of the European Union on the Transition in Central and Eastern Europe“

Jean Blondel: „The Structure of National Executives in Eastern Europe“

7.3 Akademisches Programm 2005 (Lectures)

Frank Aarebrot: „The Legacy of History: Political Conflict and Consensus in Historical Perspective“

Hans-Dieter Klingemann: „Which Type of Democracy in Europe? Public Support for Liberal and Social Democracy“

Radoslaw Markowski: „Types of Former Communist Impact on Democracy and Governance in Central Eastern Europe“

Radoslaw Markowski: „Political Representation and Accountability“

Klaus Armingeon: „Institutional Change and Stability in Post-Communist Countries“ und „Trade Unions in Post-Communist Countries“

Attila Ágh: „Re-democratization and Europeanization in Central Eastern Europe“

Jean Blondel: „The Structure of National Executives in Eastern Europe“

Detlef Jahn: „Political Performance in Central Eastern Europe“

8 Doktorandenförderprogramm der regionalen Wirtschaft und des DAAD

Mit dem „Stipendium der regionalen Wirtschaft“ fördert das Zentrum für Demokratieforschung hochqualifizierte internationale PhD-Studierende. Das Stipendium in Höhe von 800 Euro pro Monat wird jährlich vergeben und jeweils zur Hälfte vom Deutschen Akademischen Austauschdienst (DAAD) und von einem Lüneburger Unternehmer finanziert.

Jill Wittrock, Department of Political Science, University of Iowa; M.A. University of Iowa.

Research topic: Elections and Electoral Systems – Strategic Voting with Two Ballots: A Cross-National Experiment.

01.05.2007 – 31.08.2007.

Jessica Fortin, Department of Political Science, McGill University, Canada; B.A. and M.A. Université de Montréal.

Research topic: Post-communism or Post-colonialism? – Soviet Imperial Legacies and Regime Diversity in East Europe and the former USSR.

01.01.2006 – 31.12.2006.

Katja Michalak, Department of Political Science, Ohio State University; M.A. Ohio State (Fulbright Scholarship).

Research topic: Patterns of Civil Service Reform in Romania: A Multi-Dimensional State Analysis.

01.07.2006 – 30.09.2006.

9 Institutionelle Kooperationspartner und Mitgliedschaften

9.1 Kooperationspartner

Akademie der Wissenschaften, Prag (CZ)
Dr. Zdenka Mansfeldova

Akademie der Wissenschaften, Warschau (PL)
Prof. Radek Markowski

Centre for Democracy, University of California, Irvine (USA)
Prof. Russell Dalton

Centre for Democracy and Promotion of Political Accountability, Central European University, Budapest (HU)
Prof. Carsten Schneider

Comenius Universität Bratislava (SK)
Prof. Darina Malova

EuroCollege, Universität Tartu (EST)
Prof. Vello Pettai

European Studies Institute, Universität Siena (IT)
Prof. Mauricio Cotta

Graduate School of Social Sciences, Universität Bremen (D)
Prof. Frank Nullmeier

Robert Schumann Centre, European University, Florenz (IT)
Prof. Jean Blondel

School of Humanities and Social Sciences, Jacobs University Bremen (D)
Prof. Chris Welzel

Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (D)
Prof. Wolfgang Merkel, PD Bernhard Weßels

9.2 Mitgliedschaften

European Consortium for Political Research (ECPR)

European Political Science Network (EPSnet)

International Political Science Association (IPSA)

10 Eingeworbene Drittmittel (2003-2007)

Drittmittelgeber	Zeitraum	Projekt	Betrag
Innenministerium Niedersachsen	2006-2008	Verwaltungsmodernisierung in Niedersachsen	70.000
Deutsche Forschungs- gemeinschaft (DFG)	2006-2008	Strategische Steuerung in Party-Government-Systemen	160.000
Staatskanzlei Niedersachsen	2006-2007	Niedersächsisches Modellkommunengesetz	96.250
Fritz Thyssen Stiftung	2005	Governing New Democracies	5.500
Regionale Wirtschaft/ DAAD	2005-2008	Doktorandenstipendien	20.000
Landeszentrale für Politische Bildung/ Deutscher Bundestag	2005	Tagung Föderalismus	5.000
Deutscher Akademischer Austauschdienst (DAAD)	2005-2007	PhD Summer School	75.000
Europäische Kommission (INTERREG)	2005	Seedmoney: Projektantrag Baltic Sea	10.000
Deutsche Forschungs- gemeinschaft (DFG)	2004-2007	Demokratiemuster und Leis- tungsbilanz politischer Systeme in Mittel- und Osteuropa	132.000
EU-Regionalfond	2003-2005	Ost-West-Kompetenznetzwerk Celle-Lüneburg	162.000
Weltbank	2003-2006	Governing New Democracies	26.000
Summe (Euro)			761.750

Ferner wurde für das Zentrum für Demokratieforschung aus dem Forschungs-
pool des niedersächsischen Ministeriums für Wissenschaft und Kultur für den
Zeitraum 2003-2008 eine volle wissenschaftliche Mitarbeiterstelle eingewor-
ben, die ein Drittmittelvolumen von ca. 300.000 Euro umfasst.

11 Personal

11.1 Professoren

Prof. Dr. Ferdinand Müller-Rommel

Telefon: 04131 - 677-2486
Telefax: 04131 - 677-2474
eMail: muero@uni-lueneburg.de

Prof. Dr. Thomas Saretzki

Telefon: 04131 - 677-2460
Telefax: 04131 - 677-2464
eMail: thomas.saretzki@uni-lueneburg.de

Prof. Dr. Uwe Thaysen († 16.06.2007)

Jun.-Prof. „Methoden der empirischen Politikwissenschaft“ N.N.

11.2 Wissenschaftliche Mitarbeiter

Dipl.-Umweltwiss. Basil Bornemann

Telefon: 04131 - 677-2461
Telefax: 04131 - 677-2464
eMail: bornemann@uni-lueneburg.de

Katja Fettelschoss, M.A

Telefon: 04131 - 677-2471
Telefax: 04131 - 677-2474
eMail: fettelschoss@uni-lueneburg.de

Jessica Fortin, M.Sc.

Telefon: 04131 - 677-2468
Telefax: 04131 - 677-2474
eMail: Jessica.Fortin1@mail.mcgill.ca

Dr. Philipp Harfst

Telefon: 04131 - 677-2472
Telefax: 04131 - 677-2474
eMail: harfst@uni-lueneburg.de

Dipl. jur. Friederike Heins

Telefon: 04131 - 677-2450
Telefax: 04131 - 677-2474
eMail: heins@uni-lueneburg.de

Dr. Patrick Horst (bis 31.03.2007)

Telefon: 04131 - 677-2482
Telefax: 04131 - 677-2483
eMail: horst@uni-lueneburg.de

Dr. Holger Meyer (bis 31.12.2006)

Telefon: 04131 - 677-2462
Telefax: 04131 - 677-2474
eMail: meyer@uni-lueneburg.de

Axel Piesker, M.A.

Telefon: 04131 - 677-2459
Telefax: 04131 - 677-2474
eMail: piesker@uni-lueneburg.de

Dipl. oec. Henrike Schultze

Telefon: 04131 - 677-2478
Telefax: 04131 - 677-2474
eMail: h.schultze@uni-lueneburg.de

Dipl. päd. Stefanie Seewald

Telefon: 04131 - 677-2456
Telefax: 04131 - 677-2464
eMail: seewald@uni-lueneburg.de

Dr. Ralf Tils

Telefon: 04131 - 677-2457
Telefax: 04131 - 677-2464
eMail: tils@uni-lueneburg.de

11.3 Verwaltung**Ilona Johannes**

Telefon: 04131 - 677-2481
Telefax: 04131 - 677-2483
eMail: johannes@uni-lueneburg.de

Dagmar Krech

Telefon: 04131 - 677-2451
Telefax: 04131 - 677-2474
eMail: krech@uni-lueneburg.de